

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

1 RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 805, KL. 2971, 2972, 2973, 2974

CHEFREDAKTEUR: WILHELM ADAMETZ - FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: DR. HELMUT JUNKER

Montag, 18. Dezember 1967

Blatt 380⁸

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Wirtschaftsangelegenheiten

=====

18. Dezember (RK) Am sechsten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Verwaltungsgruppe X (Wirtschaftsangelegenheiten) behandelt. Stadtrat Dr. Pius Prutscher (ÖVP) führte in seinem Referat aus:

Für die verschiedenen Projekte des Großgrünmarktes Wien-Inzersdorf liegen Kostenschätzungen vor, die sich zwischen 280 und 400 Millionen Schilling bewegen. Nach den nun vorliegenden Bedarfsmeldungen ergab sich ein verändertes Projekt, dessen genaue Kosten erst berechnet werden müssen. Nach den ausländischen Erfahrungen dürften noch Verbilligungen möglich sein. Vom Standpunkt der Funktionsplanung könnte 1968 mit der Detailplanung begonnen werden.

Der Grundbedarf für den Großgrünmarkt wird mit 40 Hektar angegeben. Davon befindet sich ein Drittel im Besitz der Gemeinde Wien, 26,7 Hektar sind Privatbesitz. Die bisherigen Verhandlungen haben ergeben, daß der für den Markt erforderliche Grund nicht zur Gänze freihändig erworben werden kann, weshalb Enteignungsverfahren eingeleitet werden müssen.

Erfreulicherweise können vom Landwirtschaftsbetrieb, der durch Ankauf der Drasche-Gründe 400 Hektar dazubekommen hat, die 40 Hektar für den Großmarkt zur Verfügung gestellt werden. Die 26,7 Hektar Privatbesitz werden benötigt, weil auch für Pachtgründe vorgesorgt werden muß.

./.

Durch eine Koordination der Eisenbahnanlage der Metzgerwerke mit der Eisenbahnanlage für den Großgrünmarkt wird es möglich sein, etwa 20,4 Millionen einzusparen.

Bei den Besprechungen mit Großmarktinteressenten erwies es sich immer wieder als Mangel, daß die Grundsatzplanung des Großgrünmarktes Wien-Inzersdorf nicht plastisch gezeigt werden konnte. Es wurde daher ein Modell im Maßstab 1:500 in Auftrag gegeben, das auch für die Detailplanung vorteilhaft ist, da der gewählte Maßstab das Einsetzen von Kraftfahrzeugmodellen gestattet. Auf diese Weise kann die Zweckmäßigkeit von Straßenbreiten, Parkplätzen oder Abstellflächen überprüft werden.

Auf dem Naschmarkt soll ein Musterstand errichtet werden, um den Interessenten die Möglichkeit zu geben, die Raum- und Lichtverhältnisse zu prüfen. Die Kosten eines Marktstandes, der aus Holz oder einem anderen Material besteht - nicht jedoch aus Betonfertigteilen - werden sich auf etwa 70.000 Schilling belaufen.

Probleme um den Schlachthof-Neubau

Bei der letzten Budgetdebatte mußte ich darauf hinweisen, daß nach den Mitteilungen des Finanzreferenten die Mittel für den Neubau des Schlachtzentrums erst nach dem Bau des Großmarktes Inzersdorf zur Verfügung stehen werden.

Es sind jedoch aus Gründen der Hygiene und der körperlichen Sicherheit der Beschäftigten, nicht zuletzt auch wegen der Transport- und Transitschlachtungen schon bald Maßnahmen notwendig. In Bezug auf die Kosten der Objekte habe ich mitgeteilt, daß mir seitens der Planungsfirma Interconstruct-Bauring in der Zeit von November 1965 bis Dezember 1966 Projekte verschiedener Preislagen zugegangen sind, und zwar von 440 bis 830 Millionen. Ein Vorschlag der Wirtschaftsplanungsfirma IBB lautete auf 450 Millionen.

Es wurde auch untersucht, welches die billigsten und am wenigsten betriebsstörenden Erweiterungsmethoden seien und was der Bau "Auf der grünen Wiese" kosten würde, wenn man die ganzen wertvollen Gründe der Stadt für andere Zwecke zur Verfügung stellt. - Leider wurden hier die Unterlagen größtenteils nicht beigebracht.

./.

Natürgemäß besteht besonderes Interesse im IBB-Vorschlag, der am preiswürdigsten erscheint. Seine Kosten von 450 Millionen liegen mit dem niedrigsten Interconstruct-Projekt ungefähr gleich. Im Juli entspann sich im Gemeinderat über die beiden Projekte noch eine Diskussion über die Ausführung sowie die Kostenberechnung, die eine Differenz von ungefähr 160 Millionen Schilling ausmachte. Man war der Meinung, daß die Baukosten einvernehmlich mit den Technikern nocheinmal kalkuliert werden müßten, um eine Ausgangsbasis für die Wirtschaftlichkeitsberechnung zu finden. In einer Sitzung der Baudirektion im Juli ergab sich, daß der IBB-Vorschlag mit 700 Millionen (statt 450 Millionen) zu beziffern sei und der der Interconstruct mit 650 Millionen Schilling. Damit nicht genug: Bei Berücksichtigung der U-Bahn-Einbindung würden sich die Kosten auf 750 Millionen erhöhen.

Wenn es um die Finanzierung geht, so verlangt die Gemeinde normalerweise eine zweiprozentige Amortisation und eine fünfprozentige Verzinsung. Im Gemeinderat vom 5. Juli wurde festgestellt, daß "das neue Fleischzentrum im wesentlichen ein finanzielles Problem" sei. Die hohen Baukosten müßten sich entweder auf die Fleischpreise überwälzen, oder es würde die Zahl der Schlachtungen in St. Marx zurückgehen, oder es käme zu einem Defizit des Schlachthofbetriebes, das die Finanzverwaltung nicht zu tragen bereit wäre. Es wird daher notwendig sein, die Schlachthofgebühren genau zu kalkulieren, um dann den künftigen Ausnutzungsgrad der Schlachthöfe beurteilen zu können.

Schlachten: in oder außerhalb Wiens?

Schon der IBB-Bericht wies darauf hin, daß ein Kriterium für die Kosten einer Schlachtung in oder außerhalb Wiens die Höhe der Gebühr sei. Dementsprechend müßte die Auswirkung auf die Schlachtungsziffern nach dem 1. April - mit diesem Datum wurde eine Gebührenerhöhung wirksam - überprüft werden. Die einschlägigen Untersuchungen ergaben, daß die Schlachtungen vor der Gebührenerhöhung eine zunehmende Tendenz hatten, nach ihr eine stark fallende.

Nun ist für diese Erscheinung nicht allein die Gebührenerhöhung verantwortlich, denn vor dem 1. April wurden auch große Schlachtungen in den Bundesländern durchgeführt. Auch bei den Rindern gibt es ein zu beachtendes Kriterium: es wurden zwar weniger, dafür aber schwerere Tiere geschlachtet. ./.

Um dennoch zu einem Testergebnis zu kommen, wurde überprüft, wie viel Fleisch außerhalb und innerhalb Wiens beschaut wurde. Und hier zeigt sich sowohl vor als auch nach der Gebührenerhöhung eine Zunahme, die nach dem 1. April sogar wesentlich steiler war. Das in Wien geschlachtete Fleisch hat eine rückläufige Tendenz, aber die "Landware" stieg an. Da der Umsatz an Landware aber ungefähr dreimal so hoch anstieg, wurde quantitativ der Ausfall an Wiener Ware abgedeckt.

Der Verbrauch der Wiener an Fleisch im Berechnungszeitraum von 1963 bis 1966 ist also bei leicht steigender Tendenz im großen und ganzen als stabil zu bezeichnen, der Geflügelverkauf hingegen nahm zu. Die Kopfquote an Fleisch blieb bei rund 58 Kilo pro Jahr, die an Geflügel stieg von 4,2 auf 6,3 Kilo.

Vorausberechnungen künftiger Schlachtgebühren erforderlich

Aus dem bisher Gesagten ergab sich eindeutig die Notwendigkeit der Vorausberechnungen künftiger Gebühren der Schlacht- und Markteinrichtungen bereits im Planungsstadium. Mein Vorschlag zielt darauf ab, in einer ersten Baustufe ein Minimalprogramm zu verwirklichen und einen weiteren Ausbau bis zu einem Maximalprogramm ohne Störung des Betriebsablaufes zu ermöglichen. Damit würde auch dem Umstand Rechnung getragen, daß wir zwar heute noch nichts von einem weiteren Ausbau niederösterreichischer Schlachtstätten wissen, ihn aber einkalkulieren müssen.

Der Wirtschaftsausschuß betonte bereits die Notwendigkeit, die Schlachthausplanung mit ähnlichen Projekten außerhalb Wiens zu koordinieren. Dem Vernehmen nach sind um unsere Stadt bereits 6 Schlachthanlagen in Bau. In diesem Zusammenhang ist auch die Frage des Fleischbezugs aus Schlachthöfen außerhalb Wiens zu prüfen. Die Frage der Konkurrenz niederösterreichischer Schlachtstellen mit Wien wurde an die Vertreter der Landwirtschaft Niederösterreichs wiederholt herangetragen. Wien forderte eine entsprechende Koordinierung. Die Ermittlungen ergaben, daß in den letzten fünf Jahren acht Schlachtstätten errichtet wurden und eine Anlage in Bau ist. Eine von der FAO überreichte Liste enthält 55 weitere fertiggestellte oder in Bau befindliche Schlachtstätten und 15 geplante. Die Transporttechnik mit Kühlwagen würde eine Belieferung Wiens von diesen Schlachtstätten, die meist mitten im Viehzuchtgebiet liegen, ermöglichen.

Der Wirtschaftsausschuß forderte für die Schlachthausplanung auch eine Heranziehung internationaler Erfahrungen. Man wandte sich zu diesem Zweck an den Referenten Götzsche bei der FAO in Rom, der auch den IBB-Bericht überprüfte und positiv beurteilte. Der Referent betonte ferner die Notwendigkeit eines fleischwirtschaftlichen Konzepts für Wien und Niederösterreich zur Vermeidung von Überkapazitäten. Er entwarf auch Richtlinien für die Konsumenten Hornung und Wernberg und äußerte sich zur Kalkulations- und Kostenfrage des Schlachthofes und der Schlachthofbenützer. Er erteilte auch Auskunft über die Möglichkeiten eines Kredites für den Fall einer EWG-Assoziierung Österreichs.

Gelegentlich wird von einem Entweder-Oder bei Schlachthof und Großgrünmarkt gesprochen. So äußerte Vizebürgermeister Slavik bei der Budgetperlustrierung, daß der Schlachthof erst nach dem Großgrünmarkt gebaut werden könnte. Dem gegenüber wies ich auf die Dringlichkeit des Rinderschlachthofes hin, neben vielen anderen Gründen vor allem wegen der Exportschlachtungen. Man kann sicher diskutieren, ob genossenschaftliche oder kommunalwirtschaftliche Schlachthöfe vorteilhafter sind, aber man soll die Lösung dieser Frage nicht einfach dadurch vorwegnehmen, daß man die Projekte zur Neugestaltung der Wiener Schlachthöfe solange hinausschiebt, bis der Wiener Schlachtanteil so tief gesunken ist, daß man sich diese Investition erspart. Der Markt würde dann wirtschaftspolitisch nicht im Sinn einer Regulierung der Preise zugunsten des Konsumenten wirksam werden. Kommunalwirtschaftlich wäre es nahezu unmöglich, diesen Markt kostendeckend zu errichten und zu betreiben, wenn die leistungsfähigsten Firmen sich inzwischen eigene Anlagen gebaut haben und dadurch für den kommunalen Markt wegfallen.

Es ist einzusehen, daß der Finanzreferent nicht genügend Mittel hat, um alles auf einmal zu bauen. Dies ist aber besonders dann der Fall, wenn die Projektierung nicht so gründlich erfolgt, daß das wirtschaftlichste und billigste Projekt herauskommt.

Es wäre hier zu prüfen, wie weit ein kommunaler Schlachthof einer Grundstoffindustrie zu vergleichen ist, wobei der derzeitige unerfreuliche Zustand zwischen Genossenschaften und Gewerbetreibenden es geradezu herausfordert, sich mit modernen Anlagen selbständig zu machen. Wenn beim Großgrünmarkt in den Architektenvorschlägen Klimaanlage für Marktstände vorgesehen sind, so ist dies eine Investition, die wir uns derzeit nicht leisten können.

Im Rahmen der Minimal- und Maximalplanung für die erste Baustufe muß jene Kapazität erreicht werden, die auch nach Fertigstellung des Schlachthofes mit Sicherheit voll ausgenutzt wird und Erweiterungsmöglichkeiten hat, die nicht betriebsstörend sind. Es muß so geplant werden, daß man einzelne Abteilungen bauen kann, ohne daß mit den Versorgungsanlagen verlorener Bauaufwand entsteht.

Bei der Frage der Wirtschaftlichkeit ist auch zu berücksichtigen, daß durch das Schlachthof-Projekt 40.000 Quadratmeter hochwertigen Grundes für Bauzwecke frei werden und daß Gebäude, wie etwa der Auslandsschlachthof, anderen Zwecken zugeführt werden können.

Kühlhaus mit neuen Anlagen

Vom Kühlhaus ist zu berichten, daß in den ersten Monaten 1967 die Montage der neuen Kühlanlage durchgeführt wurde, die seit April das Haus mit Kälte versorgt. Bisher hat es nur einmal einen Ausfall gegeben. Das Budget sieht 250.000 Schilling für die Anschaffung von Ersatzteilen vor, die zur Vermeidung künftiger Ausfälle bereitstehen müssen.

Die Budgetansätze für die Schlachthöfe und das Veterinärwesen werden ab 1968 aus Gründen der Vereinfachung zusammengelegt. Eine maßgebliche Steigerung der Einnahmen ergab sich durch die im April erfolgte Abänderung und Erhöhung der Gebühren und Entgelte.

Die Geldmittel für die derzeitigen Betriebsanlagen sind mit fünf Millionen präliminiert. Damit kann dem fortschreitenden Verfall von Gebäuden im Rinder- und Auslandsschlachthof nicht Einhalt geboten werden.

Große Bedeutung kommt der Verhütung von Seuchen zu. 1965 gab es vier Fälle von Salmonellen-Infektionen, 1966 waren es 20 und 1967 sogar 42 Fälle. Die Maul- und Klauenseuchenschutzimpfung wird aus den Mitteln des Bundes durchgeführt. Die modernste Form der Bekämpfung der Schweinepest ist die restlose Tilgung, also die amtliche Schlachtung. Die erste periodische Untersuchung auf Brucellose wurde im November 1967 abgeschlossen. In kommenden Jahr wird die dritte Untersuchung vorgenommen.

Lebensmittel- und Betriebskontrollen

Die Aufgaben der Marktamtsabteilung gehen vielfach über den lokalen Bereich hinaus. Seit 1. Oktober stehen zwei motorisierte Einsatztruppen für Lebensmittelkontrollen zur Verfügung. Dadurch konnte die Dauer der Betriebsrevisionen im Interesse der Betriebe herabgesetzt werden.

In der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November wurden 17.853 Warenproben gezogen. Sie führten zu 696 Beanstandungen. 18 Anzeigen erfolgten wegen Freistreiberei und 134 wegen Nichtanschreibung der Preise.

Zur Prüfung des Bedarfes im Wiener Platzfuhrwerksgewerbe wurden vom Marktamt auf sämtlichen Taxistandplätzen umfangreiche Erhebungen durchgeführt. Das Gutachten wird bei der Erteilung weiterer Konzessionen von Bedeutung sein.

Das Marktamt führt auch Erhebungen bezüglich der Einhaltung der Förderungsbestimmungen der Neuen Wiener Wohnbauaktion durch. Bis 29. Februar 1968 werden rund 8000 Wohnungen überprüft sein. Beanstandungen werden der Magistratsabteilung 5 mitgeteilt.

Märkte wirken preissenkend

Vielfach wird die Meinung vertreten, Märkte seien eine Sache des vorigen Jahrhunderts und die Zukunft gehöre Einrichtungen wie dem Supermarkt oder den Einkaufszentren. Aus - übrigen begreiflichen - Verkehrsschwierigkeiten hat sich auch eine Bezirksvertretung dieser Meinung angeschlossen und wollte die Markthalle im 9. Bezirk dem Verkehr opfern.

Dazu wurde argumentiert, daß diese Halle aufgehört habe, eine preisregulierende Funktion auszuüben. Das Marktamt hingegen hat folgendes festgestellt: Im Einzugsgebiet rund um die Halle liegen die Preise für eine Reihe von Waren höher als in der Halle selbst, und zwar Fleisch um 4,8 bis 16,8 Prozent, Gemüse um 17,4 bis bis 47,2 Prozent, Kartoffeln um 3,2 bis 7,8 Prozent und Obst um 10,7 bis 29,2 Prozent.

./.

Was diesen Platz betrifft, gilt das aber natürlich nicht nur für die Bewohner des 9. Bezirkes, sondern auch für zahlreiche Wiener aus anderen Teilen der Stadt, die dort die Verkehrsmittel wechseln. Dieses Beispiel zeigt, daß solche Märkte auch heute noch ihre preisbildende Funktion ausüben.

Man kann das Angebot für den Konsumenten nicht nach der Fläche und der Zahl der Waren allein messen; das sagt zu wenig aus. Denn wir müssen uns darüber doch im klaren sein, daß ein Supermarkt nicht dieselben Einkaufsmöglichkeiten bietet wie ein gleichgroßer Markt mit einer Vielzahl von Verkäufern.

In den meisten Neubaugebieten Wiens hat ein einzelner Unternehmer oft eine Monopolstellung, weil die Konkurrenz bewußt klein gehalten wird oder überhaupt nicht vorhanden ist.

Echte Märkte können auch der größten Konkurrenz standhalten. Dazu einmal ein Beispiel aus dem Ausland: Im Stockholmer Geschäftszentrum gibt es nicht nur ein halbes Dutzend Warenhäuser und einen unterirdischen Markt, sondern davor - auf einem offenen Platz - einen Markt, der ganzjährig mit fast hundert Ständen besetzt ist. In Schweden läßt man bei der Planung eben für solche Zwecke schon große Plätze frei.

Nun auch noch ein Beispiel aus Wien: Neben dem Meidlinger Markt führt das Kaufhaus Tivoli alle Waren, die auf dem Markt angeboten werden, und natürlich hat das Warenhaus auch einen Lebensmittel-Supermarkt.

Wenn ich aber für die Märkte eintrete, so soll das nicht heißen, daß nicht noch Verbesserungen möglich sind. Dazu zählen Maßnahmen im Rahmen der Stadtverwaltung, aber auch manche von seiten der Standinhaber selbst.

Mobile Märkte und Christkindl-Markt

Einige Stadtteile bieten dem Käufer keine ausreichende Marktversorgung. Zum Teil ist das Warenangebot zu eng, zum Teil fehlt die Konkurrenz. Daß man sich dort Märkte wünscht, ist klar; aber abgesehen davon, daß die Einrichtung von Märkten Geld kostet, ist an manchen dieser Plätze die Bevölkerungszahl noch zu gering.

Hier bieten sich mobile Märkte zur Erprobung an. In Hamburg hat man damit gute Erfahrungen gemacht. An einigen Tagen der Woche, oder auch nur an Halbtagen, bieten in diesen unterversorgten Gebieten bewegliche Stände den Hausfrauen ein breites Warensortiment an.

Sicherlich gäbe es dabei eine ganze Reihe von verwaltungstechnischen und wirtschaftlichen Problemen zu lösen; aber ich glaube, man sollte dies zum Nutzen unserer Konsumenten versuchen. Als wesentlichste Voraussetzung erscheint mir, daß sich genügend Geschäftsleute finden, die bereit sind, dieses Risiko auf sich zu nehmen.

Vor nicht ganz einem Monat - am 25. November - wurde auf dem Platz vor dem Messepalast der Wiener Christkindl-Markt eröffnet. Durch die Wahl dieses Platzes konnte die leidige Wanderschaft dieses traditionsreichen Marktes ein gutes Ende finden. Er steht dort auch nicht in Kollision mit dem immer dichter werdenden Straßenverkehr. Das große Interesse der Wiener Bevölkerung zeigt, daß für diesen Markt besonderer Bedarf gegeben ist.

Der Christkindl-Markt hat 102 Marktstände, die an 83 Gewerbetreibende vermietet sind. Im 17. Bezirk waren es im vergangenen Jahr 78 Verkaufsstände und 66 Gewerbetreibende.

Städtische Gastwirtschaften

Bei den Investitionen für städtische Gastwirtschaften fehlen zwei Positionen, die meines Erachtens im Jahr 1968 dazukommen müßten. Die städtische Gastwirtschaft im Schweizer Garten benötigt 900.000 Schilling. Der Herr Finanzreferent hat diese Investition davon abhängig gemacht, daß eine angemessene Amortisation erzielt werden kann. Dies wäre nach Angabe des Pächters in 10 Jahren möglich. Wenn das stimmt, scheint mir die Investition nicht nur ertragreich, sondern im Interesse der Konsumenten sogar dringend erforderlich. Im übrigen handelt es sich hier um einen der fleißigsten und fähigsten Pächter der Stadt Wien.

./.

Die zweite Position betrifft eine Investition von 150.000 Schilling für die städtische Gastwirtschaft am Kagraner Platz. Bisher wurde die Küche und der Kühlraum ausgestaltet, aber wenn man nicht diese Restinvestition - 55.000 Schilling für die Personalräume und 100.000 Schilling für die Gasträume - bewilligt, wird man in Hinkunft die Speisen zwar kochen und kühlen, aber nicht servieren können, da man das Personal und die Gäste nicht unterbringen kann. Was das Hotel Bellevue betrifft, möchte ich grundsätzlich sagen: Wer baut, muß auch wissen, was der Bezirk will, was die Polizei erlaubt und was die Nachbarn tolerieren. Der Pächter wollte kündigen, weil man abends nicht tanzen darf und nicht jederzeit auf allen Wegen zufahren kann. Mittlerweile wurde ein Kompromiß gefunden, von dem ich hoffe, daß es den Pächter, die Polizei, den Bezirk und die Nachbarn zufriedenstellt.

Der Magistratsabteilung 58 obliegen unter anderem die verwaltungsrechtlichen Vorkehrungen gegen die Verunreinigung von Gewässern. Ich darf hier sagen, daß die Fälle des abgelaufenen Jahres nicht schwerwiegend waren. Unter anderem gab es im Wienfluß eine Verunreinigung durch Färbereiabwasser infolge eines Kanalgebrechens; im 23. Bezirk wurde bei acht Liegenschaften wegen seifenhaltiger Abwässer den Grundeigentümern aufgetragen, entweder Seifenabscheider einzubauen oder für die Einleitung in Senkgruben vorzusorgen.

Bei 759 Betriebskontrollen in insgesamt 751 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben wurden bis Ende Oktober 412 sicherheitstechnische Mängel an Betriebsanlagen festgestellt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die wertvolle Leistung der Wiener Landwirtschaft hinweisen, vor allem auf die Verdienste der Wiener Gärtner um die Versorgung Wiens mit Frischgemüse. Die Wiener Landwirtschaft bringt jährlich rund 40.000 Tonnen Gemüse aus eigener Produktion auf den Wiener Markt. Angesichts dieser Tatsache halte ich es für unbedingt nötig, daß wir diesen Betrieben auch in Zukunft ihre Existenzgrundlage sichern.

./.

Beschaffungsamt

Die Einkäufe der Magistratsabteilung 54 betragen in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 191,106.000 Schilling. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres wurden 177,913.232 Schilling aufgewendet. Interessant ist eine Gegenüberstellung der Einkaufspreise: Während 1965 60 Prozent und 1966 42 Prozent zu gestiegenen Preisen gekauft wurden, sind es in den ersten zehn Monaten des Jahres 1967 nur mehr 17,2 Prozent.

Ebenso ist es mit den gesunkenen Preisen: 1965 waren es 13 Prozent (1966: 2,6 Prozent), 1967 schon 15,8 Prozent. Die Ursachen für diese Entwicklung sind verschiedenartig. Bei Teigwaren und Büromöbeln dürfte verschärfte Konkurrenz die Ursache sein, während es sich bei der Textilindustrie wahrscheinlich um Rationalisierungserfolge handelt. Beim Einkauf der Brennstoffe zeigt sich auch in diesem Jahr die Verschärfung der Kohlenkrise. Die festen Brennstoffe sind von 1966 auf heuer um 2.787 Tonnen, das sind acht Prozent, rückläufig.

Das könnte man auch noch auf den relativ milden Winter schieben. Bei den Heizölen aber ist im gleichen Zeitraum der Verbrauch von 35.258 auf 38.346 Tonnen angestiegen, das sind zirka zehn Prozent.

Es gibt in den Abteilungen der Verwaltungsguppe X nicht nur sehr viel Alltagsarbeit, die im Interesse unserer Bevölkerung geleistet werden muß, sondern auch eine Reihe von Planungsarbeiten für eine Zukunft, die für uns alle in vielen Perspektiven noch offen ist.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Subvention für Graphik-Ausstellung
=====

18. Dezember (RK) Nach einem Beschluß des Kulturausschusses, trägt die Stadtverwaltung zur Deckung der Unkosten von "Graphik 67", einer Ausstellung im Österreichischen Museum für angewandte Kunst, bei. Anlässlich seines 40jährigen Bestandes veranstaltet nämlich der Bund österreichischer Gebrauchsgraphiker derzeit diese Exposition, die bis 16. Dezember geöffnet ist. Die Ausstellung gibt einen umfassenden Überblick des gegenwärtigen österreichischen Schaffens auf allen Gebieten der Gebrauchsgraphik und beweist damit, daß in unserem Land Graphiker am Werk sind, die der verpflichtenden Tradition Österreichs gerecht werden und internationalen Wertmaßstäben standhalten.

- - -

Bewegungsplastik für Schule in der Krottenbachstraße
=====

18. Dezember (RK) Über Beschluß des Gemeinderatsausschusses für Kultur Volksbildung und Schulverwaltung wird zur künstlerischen Ausgestaltung der neuen Schule in der Krottenbachstraße in Döbling der akademische Bildhauer Kurt Stenvert im Vorhof der Schule eine sieben Meter hohe Bewegungsplastik aus Metall errichten.

- - -

Die Budgetberatungen im Rathaus:Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten
=====

18. Dezember (RK) Nach der Behandlung der Verwaltungsgruppe X wurden heute auch die Ansätze der Geschäftsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, behandelt. Stadtrat Rudolf Sigmund (SPÖ) führte in seinem Referat aus:

Der Ansatz für die Ausgaben der Verwaltungsgruppe XI (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) sieht eine Steigerung um 68,6 Millionen S auf 511,4 Millionen S vor, was hauptsächlich durch eine wesentliche Erhöhung bei der Post Grunderwerbungen bedingt ist. Die Aufwendungen für Präsidialausgaben werden mit 8,5 Millionen angenommen, und für den Presse- und Informationsdienst sind zur beabsichtigten weitgehenden Information der Öffentlichkeit 11,7 Millionen erforderlich.

Die Magistratsabteilung 61, zu der auch die Wiener Standesämter zählen, hat sich nach der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien mit Angelegenheiten des Bevölkerungswesens, vor allem solchen des Personenstandsrechtes und des Staatsbürgerschaftsrechtes, zu befassen. Da bei dieser Abteilung jährlich etwa 150.000 Personen vorsprechen, steht sie in besonders engem und unmittelbarem Kontakt mit der Bevölkerung. Durchschnittlich jeder achte Bewohner unserer Stadt hat einmal im Jahr mit diesem Amte zu tun. Die Wiener Standesämter hatten in den ersten elf Monaten dieses Jahres insgesamt 60.785 Geburten, Eheschließungen und Todesfälle zu verzeichnen. Ein Vergleich mit dem Vorjahr ergibt, daß die Zahl der Geburten von 21.150 auf 21.432, das ist um 1,3 Prozent, angestiegen ist. Leider sind auch die Todesfälle von 25.036 auf 25.893, das ist um 3,4 Prozent, gestiegen. Dagegen ist die Zahl der Eheschließungen um etwa 1,7 Prozent gesunken, und zwar von 13.675 auf 13.433.

Einbürgerung wesentlich erschwert

In der Zeit vom 1. Jänner bis zum 30. November 1967 haben in Wien 860 Ausländer unmittelbar durch Einbürgerung und Staatsbürgerschaftserklärung die österreichische Staatsbürgerschaft erworben.

Die Möglichkeit, Einbürgerungsansuchen zu genehmigen, wurde durch die Bestimmungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1965 fühlbar eingeschränkt. Nach diesen Bestimmungen können Ausländer dann eingebürgert werden, wenn die Bundesregierung bestätigt, daß die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft wegen der von diesen Personen bereits erbrachten oder von ihnen noch zu erwartenden außerordentlichen Leistungen im Interesse der Republik Österreich liegt. Diese Einbürgerungsbedingungen sind bedeutend schwerer zu erfüllen als die des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1949, das vor dem 1. Juli 1966 in Geltung stand. Deshalb können derzeit auch fast nur Personen eingebürgert werden, die mindestens einen zehnjährigen Inlandswohnsitz aufweisen.

In den ersten elf Monaten dieses Jahres wurden in Wien 53.775 Staatsbürgerschaftsnachweise ausgestellt, das sind ungefähr 23 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der höhere Bedarf an Staatsbürgerschaftsnachweisen dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, daß das Prinzip der Familien-einheit auf staatsbürgerschaftsrechtlichem Gebiet nicht mehr gilt und daher der Staatsbürgerschaftsnachweis des Mannes in der Regel nicht mehr als Nachweis der Staatsbürgerschaft seiner Ehefrau und seiner Kinder ausreicht. Diese benötigen daher selbst Staatsbürgerschaftsnachweise.

Das bereits erwähnte Staatsbürgerschaftsgesetz 1965, das am 1. Juli 1966 in Kraft getreten ist, ist nun seit über einem Jahr wirksam. Dementsprechend hat auch die Wiener Staatsbürgerschaftsevidenz, die auf Grund dieses Gesetzes entsteht, bereits Gestalt angenommen.

Der Aufbau der Staatsbürgerschaftsevidenz verursacht sehr viel Arbeit. Nach dem Staatsbürgerschaftsgesetz 1965 ist die Magistratsabteilung 61 als Staatsbürgerschaftsevidenzstelle verpflichtet, in zügigem Aufbau ein Verzeichnis aller Österreicher anzulegen und auf dem laufenden zu halten, die vor dem 1. Juli 1966 in Wien geboren wurden. Ferner über alle Österreicher, die nachher geboren sind, wenn deren Mütter im Zeitpunkt der Niederkunft in Wien wohnten, und schließlich über alle Österreicher, die im Ausland geboren sind.

In den ersten elf Monaten dieses Jahres sind über 100.000 in der Staatsbürgerschaftsevidenz Wien zu vermerkende Mitteilungen eingelangt, die fast in allen Fällen zur Anlegung von Karteiblättern geführt haben. Aber auch in jenen Fällen mußten zu- meist die Karteiblätter angelegt werden, in denen von der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle Wien Staatsbürgerschaftsnachweise ausgestellt wurden, so daß sich eine Gesamtsumme von unge- fähr 145.000 Karteiblättern ergibt.

7.500 Vereine in Wien

Zum Aufgabenbereich der Magistratsabteilung 62 gehören Wahlen, Polizeiwesen und Verschiedenes. Ein großer Teil der Tätigkeit dieser Abteilung wird namens der Sicherheits- direktion für Wien ausgeübt, insbesondere jene Aufgaben, die auf dem Gebiete des Vereinswesens und in bestimmten Polizei- strafsachen dem Sicherheitsdirektor übertragen sind.

Am 16. Juni 1967 hat der Landtag das Gesetz betreffend den Grunderwerb durch Ausländer in Wien beschlossen. Danach können Personen, die nicht österreichische Staatsbürger sind, weiter Gesellschaften mit dem Sitz im Ausland sowie inländische Ge- sellschaften, an denen Ausländer überwiegend beteiligt sind, Grundstücke in Wien nur mit Genehmigung der Landesregierung erwerben. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn an dem Erwerb ein volkswirtschaftliches oder soziales Interesse besteht. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, ist die Genehmigung zu versagen.

Auf dem Gebiet des Vereinswesens wurden bis Ende November 1967 von dieser Magistratsabteilung 256 Vereinsanmeldungen und 193 Statuten- und Namensänderung behandelt. Freiwillig oder durch behördliche Verfügung wurden 136 Vereine aufgelöst. In vielen Fällen kam es auch ohne ausdrückliche Auflösung zu keiner Konstituierung des Vereines, so daß 326 Vereine im Vereins- kataster gelöscht wurden.

Derzeit bestehen in Wien rund 7.500 Vereine, davon 1.256 Sparvereine, 1.355 Turn- und Sportvereine und 906 Vereine, die sich auf kulturellem oder wirtschaftlichem Gebiet betätigen. In 231 Fällen waren Stiftungs-, Fonds- und Kultusangelegenheiten zu bearbeiten.

In mittelbarer Bundesverwaltung ist die Magistratsabteilung 63, die für das Gewerbewesen zuständig ist, tätig. Wenn das Gewerbe-recht in der Gesetzgebung auch Bundessache ist, so ist der Magistrat der Stadt Wien als Bezirksverwaltungsbehörde und der Landeshauptmann auf Landesebene mit der Vollziehung betraut. Die gewerberechtlichen Vorschriften haben in diesem Jahr keine wesentlichen Änderungen erfahren, die Neugestaltung dieses Rechts-gebietes hat aber große Fortschritte gemacht.

Die fortschreitende Automatisierung wirft zahlreiche Probleme für die Gewerbeverwaltung, vor allem im Bereich des Handwerks, auf. Handwerksmäßige Gewerbe sind nämlich solche, bei denen es sich um Fertigkeiten handelt, welche die Ausbildung im Gewerbe durch die Erlernung und eine längere Verwendung in demselben sowie die mit Erfolg abgelegte Meisterprüfung erfordern. Wenn man zum Betrieb eines Automaten aber nicht mehr als die Kenntnis der Bedienungsanleitung benötigt, kann für eine solche Tätigkeit nicht der Nachweis der Meisterprüfung verlangt werden, es genügt die Begründung eines freien Gewerbes. Es liegt auf der Hand, daß diese Entwicklung bei einigen Gewerben zu Schwierigkeiten führt und im weiteren Verlaufe einen Strukturwandel nach sich ziehen wird.

Rückgang des Gewerbes

Überblickt man die Gewerbebewegung in Wien im Berichtszeitraum, so ist festzustellen, daß in allen Wiener Bezirken, mit Ausnahme des 22. und 23. Bezirkes, mehr Gewerbe beendet als neu begründet wurden. Besonders groß ist der Rückgang von Gewerbeberechtigungen im 15. Bezirk. Im Berichtszeitraum wurden in diesem Bezirk nur 283 Gewerbe neu begründet, aber 483 beendet. Insgesamt wurden in Wien 6.029 neue Berechtigungen und 7.761 Gewerbebeendigungen verzeichnet. Im Vorjahr waren es 6.173 Neuanmeldungen und 7.320 Beendigungen.

Die Verwaltungstätigkeit im Rahmen des Aufgabenkreises der Magistratsabteilung 64, Administrative Bauangelegenheiten, hat neuerlich erheblich zugenommen und weist einen Einlauf von 4.771 Aktenstücken auf. Die Ursachen des erhöhten Arbeitsanfalles lassen Rückschlüsse auf die politische und gesamtwirtschaftliche Entwicklung Österreichs im allgemeinen und des Bundeslandes Wien im besonderen ziehen.

Kleine Bauordnungsnovelle

Der im Vorjahr sich abzeichnende Trend zu erhöhter legislativer Tätigkeit sowohl des Bundes als auch des Landes Wien hat angehalten. Es finden nach wie vor im Rahmen der Magistratsabteilung 64 wöchentlich Sitzungen zur Novellierung der Bauordnung statt, wobei sich die Notwendigkeit ergab, vor Fertigstellung der sogenannten großen Novelle auch eine "kleine Bauordnungsnovelle" auszuarbeiten, um gewisse rechtspolitische Ziele auf dem Baurechtssektor ehestens verwirklichen zu können. . Einbringung dieser kleinen Bauordnungsnovelle im Landtag steht unmittelbar bevor. Von der großen Bauordnungsnovelle werden die ersten 20 Paragraphen noch im Laufe des heurigen Jahres an die Dienststellen des Bundes, die Kammern und sonstigen in Betracht kommenden Körperschaften und Organisationen zur Begutachtung ausgesendet werden. Diese Gesetzesstellen, die die Abschnitte I "Stadtplanung" und II "Änderung von Liegenschaftsgrenzen" regeln, befassen sich mit dem Flächenwidmungsplan und dem Bebauungsplan, dem Fachbeirat für Stadtplanung, mit der Bausperre, der Bekanntgabe der Baubestimmungen - früherer Fluchtlinienbekanntgabe - und deren rechtlichen Wirkungen und Gültigkeitsdauer, der Grundabteilung, den Bauverboten, den Aufteilungen in der Natur und der Gültigkeitsdauer genehmigter Grundabteilungen. Im übrigen verdient es festgehalten zu werden, daß die sogenannten "allgemein rechtlichen" Bestimmungen der Bauordnung bereits durchgearbeitet wurden, und daß nunmehr auch die "technischen" Bestimmungen neu bearbeitet werden. Das Gesetz über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren wurde im heurigen Jahr novelliert und der Einheitssatz für die Kanaleinmündungsgebühr mit Verordnung der Wiener Landesregierung LGBL. Nr. 21/67 neu festgesetzt. Eine weitere Änderung des Gesetzes über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren wurde bereits an die Kammern und interessierten Bundesministerien ausgesendet. Gegenwärtig werden grundsätzliche Besprechungen hinsichtlich einer Änderung des Kleingartengesetzes, des Feuerpolizeigesetzes und der Wiener Kehrverordnung geführt. Überdies wurde am Entwurf eines Wiener Straßenverwaltungsgesetzes weitergearbeitet.

Aber auch im Landesbereich wurde zu mehreren Gesetzes- und Verordnungsentwürfen Stellung genommen.

Wichtige Grundeinlösungen

Auch für Bauvorhaben der Österreichischen Bundesbahnen sowie mehrerer Anschlußbahnen wurden eisenbahnrechtliche Bau- beziehungsweise Betriebsgenehmigungen erteilt. Erwähnenswert erscheinen hier vor allem die Errichtung der Haltestellen Matzleinsdorfer Platz und Erzherzog Karl-Straße der Schnellbahn und der Bau einer zweigleisigen Eisenbahnbrücke über die Hellwagstraße im 20. Bezirk.

An Bedeutung weiter zugenommen haben die Grundeinlösungen, wobei festgestellt werden muß, daß sich die Verhandlungen wegen der mangelnden Vergleichsbereitschaft weiterhin besonders schwierig gestalten.

Den Grundeinlösungen kommt im heurigen Jahr besondere Bedeutung zu. Es darf an erster Stelle die Einlösung der sogenannten Porr-Gründe im Ausmaß von 4.946 Quadratmeter genannt werden, wobei der Bescheid nach überaus schwierigen Vergleichsversuchen erst dann erlassen wurde, als die Einlösungswerber den Verwaltungsgerichtshof zur Entscheidung anriefen.

Mehrfach waren langwierige Verhandlungen zur Bescheinigung des öffentlichen Interesses zum Abbruch und zur Neubebauung einer Liegenschaft durchzuführen. Die diesbezügliche gesetzliche Bestimmung, die durch das Mietrechtsänderungsgesetz 1967 in ihrem Anwendungsbereich wesentlich erweitert wurde, läßt für die kommenden Jahre eine merkliche Steigerung dieser in der Regel ziemlich lange dauernden und meist mit einer Anrufung der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes endenden Verfahren erwarten. Im heurigen Jahr waren davon vor allem Liegenschaften im 12. und im 19. Bezirk betroffen.

Auf dem Sektor der Ersatzvornahme zeigte sich eine deutliche Steigerung des Aktenanfalles.

Auf das energische Eingreifen der Behörde zur Abreißung unbefugter Siedlungen im 21. und 22. Wiener Gemeindebezirk möchte ich besonders hinweisen. Es ist uns aber gelungen, durch rechtzeitige Öffentlichkeitsarbeit beim Abbruch des Breiteldorfes in Breitenlee bei der Bevölkerung das notwendige Verständnis zu finden.

551 Prozesse

Zur Rechtsvertretung in Zivilrechtsangelegenheiten ist die Magistratsabteilung 65 zuständig. 551 Streitfälle waren im Berichtszeitraum anhängig, die zum Teil schon in diesem Jahr durch Vergleich oder prozessuale Austragung beendet werden konnten. Diese Streitfälle umfaßten alle Gebiete des Zivilrechtes, vor allem aber die Einbringungen von Geldforderungen, Räumungen, Bestand- und Schadenersatzsachen und Hypothekarklagen.

Die Rechtsberatung für die Dienststellen des Wiener Magistrates, eine sehr wichtige Tätigkeit dieser Abteilung, in zivil- und strafrechtlicher Hinsicht wurde fortgesetzt und durch Teilnahme an Verhandlungen anderer Magistratsabteilungen entsprechend interveniert. Überdies wurden in diesem Zusammenhang 80 schriftliche Rechtsgutachten erstattet.

Beschäftigtenzahlen rückläufig

Aus den Arbeiten des Statistischen Amtes der Stadt Wien:

Die Zahl der unselbständig Beschäftigten Wiens belief sich Ende Oktober 1967 auf 750.049, das sind um 15.856 weniger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Damit setzt sich der seit fünf Jahren zu beobachtende rückläufige Trend der Beschäftigtenzahl fort. Die Gründe hierfür sind teils in der Verlängerung der Schulpflicht und der Einführung der Frührente, teils im Altersaufbau der Wiener Bevölkerung zu suchen: Es gibt derzeit in Wien etwa doppelt so viele 60- bis 65jährige als 15- bis 20jährige, sodaß sich die Austritte aus dem Erwerbsleben zahlenmäßig weit stärker auswirken als die Neueintritte.

Von der Abnahme der Beschäftigtenzahl sind fast ausschließlich die Arbeiter betroffen: Während im Vorjahr die Zahl der Arbeiter noch um 10.000 über der Zahl der Angestellten und Beamten lag, hat sich dieses Verhältnis heuer umgekehrt; derzeit, und damit erstmalig in Wien, gibt es bereits um 10.000 mehr Angestellte und Beamte als Arbeiter. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitssuchenden zeigt mit 13.793 gegenüber dem Vorjahrsstand keine wesentliche Änderung. Den Großteil der Arbeitslosen (9.810) bilden Frauen, unter den Berufsgruppen die kaufmännischen und Büroberufe (3.490).

Die Zahl der von den Arbeitsämtern angebotenen offenen Stellen lag heuer mit 11.821 um 6.495 oder 35,5 Prozent wesentlich niedriger als Ende Oktober 1966. Während im Vorjahr noch 4.397 mehr offene Stellen als Arbeitssuchende gezählt wurden, übertrifft heuer die Zahl der Arbeitslosen bereits die der offenen Stellen um 1.972.

Motorisierung langsamer

Die Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes verlangsamte sich etwas. Ende Oktober 1967 wurden in Wien 330.575 Kraftfahrzeuge gezählt, das sind um 17.565 oder 5,6 Prozent mehr als ein Jahr vorher. In dieser Zahl sind die 47.647 Mopeds nicht enthalten, deren Zahl sich jedoch gegenüber dem Vorjahr bereits um 1.028 oder 2,1 Prozent verringerte. Die Zahl der Personenkraftwagen ist mit 272.132 um 19.260 oder 7,6 Prozent höher. Mit einem Stand von 24.079 Motorrädern ist die Zahl dieser Fahrzeuge um 2.014 oder 7,7 Prozent zurückgegangen.

20 Prozent mehr tödliche Unfälle

Von der Wiener Polizei wurden vom November des Vorjahres bis einschließlich Oktober 1967 14.268 Verkehrsunfälle gemeldet, das sind 1.209 oder 9,3 Prozent mehr als das Jahr vorher. Bei 7.555, um 6 Prozent mehr, kamen Personen zu Schaden: 9.865, die Steigerung beträgt 7,5 Prozent, wurden verletzt, 192, das sind 20 Prozent mehr als im Vorjahr, verloren ihr Leben. Die Zahl der Verkehrsunfälle nahm verhältnismäßig stärker zu als die Zahl der neu zugelassenen Kraftfahrzeuge.

Im Durchschnitt ereignet sich in Wien innerhalb von 37 Minuten ein Verkehrsunfall, alle 52 Minuten fordert der Wiener Straßenverkehr ein Opfer.

Die Wiener Hotels und Pensionen wurden im Berichtszeitraum 1966/67 von 1.044.200 Gästen besucht, die 2.860.664mal übernachteten. Dies bedeutet ein Steigen von nicht ganz zwei Prozent im Vergleich zum Vorjahr, in dem die Zunahme allerdings noch fünf Prozent betragen hatte. Nach wie vor kommen die meisten Gäste aus der Bundesrepublik Deutschland, doch war die Zahl ihrer Übernachtungen mit 581.235 um 27.043 oder 4,5 Prozent niedriger als im Vorjahr. Die Nächtigungsanzahl der Gäste aus den USA hingegen erhöhte sich um 13.837 oder 3,1 Prozent auf 461.011, die der Besucher aus den Oststaaten (Bulgarien, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn) sogar um 26.535 oder 15,9 Prozent auf 193.156.

Ausbau der Feuerwehr

Die Feuerwehr der Stadt Wien, über deren Leistungen es in Wien keine Diskussionen gibt, weil sie allseits anerkannt werden, setzt ihre seit Jahren begonnene Strukturverbesserung, das heißt, die Verlegung von Feuerwachen auf verkehrsgünstig gelegene Standorte fort. Der Neubau der Feuerwache in Simmering wird daher weiter zügig vorangetrieben.

In der Zentralfeuerwache Am Hof, in den Hauptfeuerwachen Favoriten, Döbling und Floridsdorf, in den Feuerwachen Altmannsdorf und Speising werden notwendige Einbauten, beziehungsweise diverse Umgestaltungen im nächsten Jahr vorgenommen werden.

Die neu erbaute Feuerwache Liesing wurde am 17. Mai 1967 vom Bürgermeister feierlich eröffnet. Sie wurde mit einem Kostenaufwand von rund 9,2 Millionen Schilling errichtet.

Im Rahmen des Erneuerungsplanes für den Fahrpark der Wiener Feuerwehr werden auch im nächsten Jahr fünf Tanklöschfahrzeuge angekauft. Überdies ist vorgesehen, einen Lastkraftwagen mit hydraulischer Ladeplattform, ein Rauchangekehrer-Fahrzeug für Inspektionen und ein Mehrzweckfahrzeug anzuschaffen. Der Ausbau der Alarm- und Lautsprecheranlagen in den Hauptfeuerwachen Favoriten, Mariahilf, Hernals, Döbling und Floridsdorf wird fortgesetzt und zwei neue mobile Funkgeräte kommen im nächsten Jahr zum Einsatz.

Gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres ist die Zahl der Ausrückungen um 1.472, das sind rund 16 Prozent gestiegen. Die Zahl der Einsätze zur Brandbekämpfung war um 337, das sind rund 19 Prozent, höher als im Vorjahr. Von der Steigerung sind jedoch nur die Kleinbrände betroffen, während die Zahl der Mittelbrände ungefähr gleich geblieben ist und die Zahl der Großbrände um 10 geringer war.

Die Einsätze zur Behebung von Verkehrsstörungen, insbesondere zur Entfernung von Verkehrshindernissen nach Verkehrsunfällen und verkehrsbehindernd geparkter Kraftfahrzeuge sind neuerdings um rund 9 Prozent gestiegen.

Obwohl im Berichtszeitraum keine außergewöhnlichen Wetterverhältnisse zu verzeichnen waren, ist auch die Zahl der sonstigen technischen Hilfeleistungen um mehr als 14 Prozent höher als im Vorjahr.

Grundtransaktionen

Im abgelaufenen Jahr konnten Grundtransaktionen in allen Stadtteilen Wiens abgeschlossen werden; das Schwergewicht lag aber, wie schon seit Jahren, in den äußeren Bezirken Wiens, weil dort noch größere Grundreserven bestehen und solche Erwerbungen noch zu verhältnismäßig vertretbaren Preisen erfolgen können.

In den inneren Bezirken muß sich die Grunderwerbstätigkeit der Stadt Wien wegen des Mangels an freien Baugründen in erster Linie auf die Erwerbungen von Althäusern in Assanierungsgebieten und auf den Kauf von noch vorhandenen Einzelbauplätzen in besonderer Lage für Bauwerke besonderer Art beschränken. Dabei muß allerdings manchmal bis an die Grenze eines subjektiv noch vertretbaren Preises gegangen oder hohe Absiedlungs- und Freimachungskosten müssen in Kauf genommen werden.

Die Bemühungen zur Erwerbung von Althäusern in den Assanierungsgebieten Wiens führten trotz der bestehenden Schwierigkeiten weiter schrittweise zu positiven Ergebnissen. Besonders im 9. Bezirk (Lichtental), im 7. Bezirk am Spittelberg, und im 15. Bezirk, Brauhirschgrund, und anderen, konnten nach schwierigen, lange dauernden Verhandlungen eine Reihe von Liegenschaften erworben werden.

Unter den Grunderwerbungen für Brücken und Verkehrswege sind besonders hervorzuheben die Grundtransaktionen für den Neubau der Lobkowitzbrücke, für die 4. Donaubrücke, für die Verbreiterung der Linzer Straße, der Hetzendorfer Straße, die Grunderwerbungen in Verbindung mit dem Umbau des Matzleinsdorfer Platzes, der Wientalbegleitstraße, für die Autokaderstraße im 21. Bezirk, und für die Großfeldsiedlung in der Katastralgemeinde Leopoldau.

Unter den Grunderwerbungen im Grünland ist besonders hervorzuheben der Kauf der Willi Forst-Gründe im 14. Bezirk mit rund 110.000 m² und eine Reihe von Erwerbungen zum Zwecke von Friedhofserweiterungen.

Wenn ein von der Stadt Wien benötigtes Grundstück durch Kauf nicht zu erwerben war, gelang es oft nur im Wege eines Grundtausches zum Abschluß zu gelangen. Zu Enteignungen kommt es verhältnismäßig selten, da in langwierigen Verhandlungen alles versucht wird, zu einem gütlichen und für die Stadt Wien noch tragbaren Ergebnis zu gelangen.

Bei den Grundveräußerungen, die von der zuständigen Abteilung im Jahre 1967 bearbeitet wurden, handelt es sich in der Mehrzahl um Grundflächen mit verhältnismäßig geringem Ausmaß zum Zwecke der Baureifgestaltung privater Liegenschaften. Zum Teil handelt es sich um die Veräußerung stadteigener Grundflächen an industrielle und gewerbliche Betriebe, um diesen den Ausbau und die Erweiterung ihrer Betriebsstätten in Wien zu ermöglichen.

Im Berichtszeitraum wurden 86 Ankaufs- und 55 Veräußerungsverträge von der Magistratsabteilung 69 im Gesamtausmaß von 2.295.202 Quadratmeter um den Gesamtkaufpreis von 342,3 Millionen genehmigt. Veräußert wurden dagegen nur 322.200 Quadratmeter um den Gesamtverkaufspreis von rund 37,5 Millionen. Allerdings wird sich diese Summe durch den Verkauf von zirka 300.000 Quadratmeter an die Republik Österreich - und zwar für die Autobahn - um mehr als 23 Millionen erhöhen.

Das Gesicht des "PID"

Der Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien wird im kommenden Jahr seine Tätigkeit auf allen publizistischen Gebieten verstärken. Die vom Wiener Gemeinderat heuer im Sommer beschlossene Zusammenfassung aller Einrichtungen, die sich bei der Stadtverwaltung bisher schon mit Öffentlichkeitsarbeit befaßt haben, in eine gemeinsame Abteilung bei der Magistratsdirektion, hat sich schon sehr bewährt.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an den "Tag der offenen Tür", der rund 100.000 Besucher brachte, an die Tätigkeit der neuen Beschwerde- und Auskunftsstelle, durch die es möglich ist, viele kleine Mißstände aufzuklären oder Übelstände aus der Welt zu schaffen.

Der Presse- und Informationsdienst wird im kommenden Jahr die modernen Massenmedien, wie Zeitungen, Hörfunk, Fernsehen, Ausstellungen, Kurzfilme, Plakate usw. verwenden, um die Öffentlichkeit so weitgehend wie möglich über das kommunale Geschehen zu informieren.

Stadt Wien als kommunale Wochenzeitung

Den aktuellen Anlässen entsprechend, sollen in den wichtigsten Zeitungen Widmungsseiten eingeschaltet und auch Postwurfsendungen verfaßt werden. - Die Zeitschrift "Stadt Wien", die sich schon in diesem Jahr erfreulich entwickelt hat, wird im neuen Jahr als kommunale Wochenzeitschrift über das Abonnement hinaus, auch bei den Zeitungsverkaufsstellen zu haben sein. Die Auflage von bisher rund 6.000 wird daher auf 13.000 Exemplare erhöht werden.

Aber auch die Berichterstattung der "Rathaus-Korrespondenz" wird - wie es schon in den letzten Monaten der Fall war - umfangreicher. Durch Kurzfassungen sollen auch Zeitungen in den anderen Bundesländern mit Nachrichtenmaterial über die Bundeshauptstadt bedient werden.

Die Einführung des Fernschreibdienstes seit Anfang Oktober ermöglicht es, die Meldungen rascher an die Redaktionen der Zeitungen und an die Nachrichtenredaktionen von Hörfunk und Fernsehen zu bringen.

Das "Landesgesetzblatt" und der "Amtliche Wohnungstausch-Anzeiger" werden in der bisherigen Form erscheinen.

Viermal im Jahr wird der "Blickpunkt Wien" erscheinen, ein Blatt für die jungen Bediensteten der Stadt Wien. - Weiter ist gedacht an eine Werkszeitschrift für die städtischen Bediensteten, die höchstens zehn- bis zwölfmal im Jahr erscheinen soll. Der Bilderdienst wird seinen Stand an Bilderkasten um etwa 20 Stück erhöhen. Die Serien von Schwarz-Weiß-Fotos sollen mit Farbbildern abwechseln.

Das Stenographenbüro besorgte in den letzten zwölf Monaten die stenografische Aufnahme von elf Landtagssitzungen und zehn Gemeinderatssitzungen in der Dauer von insgesamt 116 Stunden 50 Minuten. Hievon entfiel auf die Budgetdebatte im Dezember 1966 eine Sitzungsdauer von 65 Stunden 45 Minuten.

Zu Gast in Wien

Die Weltgeltung Wiens wird am deutlichsten dann sichtbar, wenn man einen Blick in den Wiener Veranstaltungs- und Kongreßkalender wirft. Bis Ende November dieses Jahres wurden im Wiener Rathaus 268 Empfänge gegeben, die von rund 52.300 Gästen, davon 35.300 Ausländern, besucht wurden. Statistisch betrachtet bedeutet dies gegenüber dem Vorjahr eine Besuchersteigerung von 34 Prozent. Im Rahmen dieser Empfänge wurden Einladungen anlässlich der 38 durchgeführten internationalen Kongresse ausgesprochen. Als größte Auslandsbeteiligung konnten wir bei einem Empfang Teilnehmer aus 49 Nationen begrüßen.

Bis 20. November dieses Jahres wurden eine Gnaden-, drei Steinerne-, zehn Eiserne-, 93 Diamantene- und 648 Goldene Hochzeitspaare, demnach 755 Jubelpaare, geehrt und ihnen ein Geldgeschenk der Stadtverwaltung übergeben. Aus Anlaß ihres Geburtstages erhielten 25 Einhundert- und Mehrjährige sowie 905 Neunzig- und Fünfundneunzigjährige, somit insgesamt 930 Jubilare, eine Ehrengabe der Stadt Wien.

Zivilschutz für Wien

Zivilschutz bezieht sich auf Aufgaben im Rahmen der umfassenden Landesverteidigung, die teils von den Ländern, teils im Zusammenwirken von Bund und Ländern, zu erfüllen sein werden.

Im nächsten Jahr etwa wird der Großteil der ohnehin bescheidenen Mittel für Maßnahmen der wirtschaftlichen Landesverteidigung aufgewendet werden.

Auf einem Gebiet des zivilen Bevölkerungsschutzes, dem Schutzraumbau, ist heuer vom Bundesministerium für Bauten und Technik durch die Herausgabe von "technischen Richtlinien" eine Initiative ergriffen worden. Auf Grund des Ministerratsbeschlusses vom 12. September dieses Jahres sind Neubauten, die vom Bundesministerium für Bauten und Technik errichtet werden, in Hinkunft mindestens mit Grundschutzräumen auszustatten.

Aus verschiedenen Gründen war es der Stadt Wien nicht möglich, ähnliche Wege zu gehen. Überhaupt ist eine Regelung des Schutzraumbaues - nicht nur für öffentliche Gebäude, sondern vor allem auch für private Wohnhäuser und Betriebe - erst nach einer befriedigenden Lösung der Kostenfrage vorstellbar. In diesem Zusammenhang sei noch bemerkt, daß im Ausland, insbesondere aber in der von den Befürwortern des zivilen Bevölkerungsschutzes immer wieder als nachahmenswertes Beispiel genannten Schweiz, für diese Zwecke bedeutende Bundeszuschüsse gewährt werden.

Die Wiener Stadtverwaltung hat auch in diesem Jahr die Bestrebungen zur Heranbildung von Fachkräften für den Zivilschutz unterstützt. Zu den vom Bundesministerium für Inneres veranstalteten Kursen über bauliche Schutzmaßnahmen sowie über Strahlenmessen wurden 55 Beamte entsendet. Eine etwa gleichgroße Zahl von Beamten sowie von Personen, die seitens der Bezirksvertretungen namhaft gemacht wurden, hat an Kursen, die ein allgemeines Wissen über den Zivilschutz vermitteln, teilgenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

GR. Lauscher (KLS) bestreitet als erster Redner die Debatte. Das abgelaufene Jahr hat Preiserhöhungen der Grundnahrungsmittel gebracht, die laut Wirtschaftsförderungsinstitut 9,8 Prozent ausmachen. Insofern könne er nicht der optimistischen Meinung des Stadtrates folgen, der von geringfügigen Bewegungen spricht.

Im kommenden Jahr werden Margarine, Speiseöl und Speisefett um rund fünf bis sechs Schilling pro Kilogramm teurer. Dies ginge besonders auf den finanziell schwächsten Teil der Bevölkerung aus. Der Finanzminister allerdings würde 2.500 Millionen Schilling Mehreinnahmen bekommen. Jetzt soll noch eine Bierpreiserhöhung die Teuerung weiter vorantreiben. Wozu, wo doch die Biergewinne der letzten Jahre eklatant günstig gewesen wären, fragt der Redner.

GR. Lauscher fragt auch an Hand des Beispiels von Vorarlberg, warum die Stadt Wien kein Regionalabkommen mit dem Nachbarn, zum Beispiel mit Ungarn, hat. Dies brächte so wie im "Ländle" eine indirekte Industrieförderung. Er fragt weiter, warum die Stadt Wien nicht die Diskont-Läden unterstütze. Seiner Meinung nach geschehe auch viel zu wenig seitens des Marktamtes. "Wir brauchen mehr Prüfer für Preise und Qualitäten." Einem neuen "Frankfurter Prozeß" und gelegentlich in Wien auftauchende schlechte Brotqualitäten möchte er durch schärfer auslegbare Kodex-Richtlinien vorgebeugt sehen.

Hinsichtlich der Märkte stimmt er dem Berichterstatter vollinhaltlich zu, daß hier ein Preisregulativ zu finden sei, fragt jedoch nach einem Programm für eine Detailmarktschaffung der Zukunft.

Der Redner urgiert die Schaffung des neuen Favoritner Marktes, über dessen Notwendigkeit Übereinstimmung besteht, trotzdem werten die Favoritner noch immer vergeblich auf die Realisierung dieses Projektes.

Ebenso unbefriedigend ist der Zustand hinsichtlich der Markthalle im 9. Bezirk; nachdem bereits verschiedene Pläne verworfen worden sind, soll jetzt angeblich der Vorschlag diskutiert werden, die Markthalle einfach abzureißen. Nach Auffassung der Kommunisten müßte gerade diese Halle bestehen bleiben, weil sie für die Bevölkerung der Umgebung preisregulierend wirkt.

Der Referent möge mitteilen, ob mit der Verwirklichung des Vorschlages zu rechnen ist, für die nicht ausreichend mit Geschäften ausgestatteten Wohngebiete mobile Märkte einzurichten, wobei regelmäßige Markttagge abgehalten werden sollen.

Weitere Fragen bezogen sich auf den beabsichtigten Zeitplan für die Realisierung des Großgrünmarktes in Inzersdorf und für den Neubau des Schlachthofes.

Voraussetzung für eine Preisstabilität wäre eine vernünftige Landwirtschaftspolitik. Statt einer wirksamen Agrarordnung zum Nutzen der arbeitenden Bevölkerung in Stadt und Land erleben wir einen immer augenscheinlicheren Agrarbankrott, wobei der Redner besonders auf den ständig steigenden Weizenberg und die Milchschwemme hinweist. Durch die mit Jänner eingetretene Erhöhung der Preise für Milch und Molkereiprodukte sowie für Mehl und Mehlwaren infolge Aufhebung der Stützungen erspart sich der Finanzminister nahezu eine Milliarde Schilling, die die Konsumenten in Form erhöhter Preise für die Nahrungsmittel aufbringen müssen. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft wird unter den Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft die gestiegene Produktivität zum Fluch.

Trotz gesteigener Milchanlieferung sei der Absatz gesunken und im Bundesbudget mußten für Exportstützungs- und andere Verschleuderungsaktionen 1,2 Milliarden Schilling vorgesehen werden. Sowohl die Konsumenten als auch die kleinen und mittleren Bauern würden dadurch belastet, die Großagrарrier dürften davon jedoch nicht viel verspüren und würden neue hochsubventionierte Weizenberge erzeugen. Eine Sanierung des Agrarmarktes sei jedoch von den neuen Belastungen nicht zu erwarten.

Der Redner forderte schließlich eine Kürzung oder Streichung der Subventionen für Großagrарrier und an deren Stelle eine wirksamere Hilfe für Klein- und Mittelbetriebe beziehungsweise für die Modernisierung des bäuerlichen Genossenschaftswesens. Da die ÖVP zu derartigen Maßnahmen nicht bereit sei, werde die KLS-Fraktion den Ansätzen nicht zustimmen.

GR. Jedletzberger (ÖVP) sprach zunächst von dem Großgrünmarkt, der bis 1970 fertig sein soll. Die Aufforderung, den Platzbedarf anzumelden, fand ein starkes Echo aus fast allen Bundesländern. Insgesamt bewarben sich 221 Großhändler um 36.620 Quadratmeter Handelsplätze und 304 Produzenten und Marktfahrer um

4.800 Quadratmeter Marktplätze. In diesen Zahlen sind die Blumengroßhändler und die verspätet eingelangten Ansuchen noch nicht enthalten.

Da die Grunderwerbsverhandlungen durch die Umwidmung auf Bauklasse III sehr erschwert worden wären, hat man eine Umwidmung auf Bauklasse I vorgenommen. Jedoch auch diese Maßnahme hatte bei den Grundeigentümern nicht den gewünschten Erfolg. Man hat den Eindruck, die Grunderwerbsverhandlungen würden bewußt verzögert. So gab es beispielsweise ein durchaus maßvolles Angebot von zwei Landwirten, das noch unerledigt ist. Verschiedene Landwirte erhielten Briefe von der Landwirtschaftskammer, in denen ihnen ein Enteignungsverfahren angedroht wurde, wenn sie zu dem Schreiben nicht Stellung nehmen oder mit dem Grundpreis von 60 Schilling pro Quadratmeter nicht einverstanden sind. Da die Landwirtschaft an einer gedeihlichen Lösung interessiert ist, sind derartige Zuschriften nicht geeignet, die Verhandlungsbereitschaft zu erhöhen.

Die Kaufverhandlungen gehen trotz des eingeleiteten Enteignungsverfahrens weiter. Dringlich ist auch eine äußere Aufschließung.

Die günstige Witterung des Jahres 1967 ergab auf dem Obst- und Gemüsesektor qualitativ und quantitativ sehr günstige Ergebnisse und auch durchwegs niedrigere Verbraucherpreise.

Der Redner wendete sich anschließend gegen die vorherigen Ausführungen des GR. Lauscher und betonte, es sei unwahr, daß die Mittel des Grünen Planes den "Großagrariern" zugute kämen. Jedletzberger führte aus, daß 22 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich kleiner als zwei Hektar seien und weitere 22 Prozent kleiner als 5 Hektar. Schließlich seien noch 37 Prozent kleiner als 20 Hektar, was wohl deutlich mache, daß die Mittel hauptsächlich den kleinen Bauern zugute kämen.

Hinsichtlich der landwirtschaftlichen Situation Österreichs merkte Jedletzberger an, daß man nicht alle Entscheidungen aus rein wirtschaftlichen Erwägungen treffen könne: Bei der Weizenproduktion sei das auch eine staatspolitische Gewissensfrage, weil Änderungen der internationalen Konstellation rasch und gefährlich zu Schwierigkeiten führen könnten, wenn man in einer solchen Lage nicht eine leistungsfähige eigene Weizenproduktion habe.

Die Situation der Wiener Landwirtschaft beleuchtete der Redner unter dem Aspekt der städtebaulichen Entwicklung. Wenn dadurch die Absiedlung mancher Betriebe nötig werde, so sei es oberstes Gebot, diese Betriebe auf anderen Standorten innerhalb Wiens für die landwirtschaftliche Produktion der Bundeshauptstadt zu erhalten. Die Bemerkung Stadtrat Hellers, in Wien gebe es noch 100 Quadratkilometer Bauland, sei von den Betriebsinhabern mit großer Sorge vernommen worden, da darunter wohl auch ihre landwirtschaftlichen Betriebsflächen subsummiert seien.

Im übrigen, sagte Jedletzberger, sei die hohe Qualität und Leistungsfähigkeit der Wiener Landwirtschaft unbestritten. Auf einer Konferenz in Bari habe ihm ein Italiener sein Leid geklagt: Der Absatz italienischen Salats in Wien sei außerordentlich schwierig, und zwar, weil der "eigene" Wiener Salat in Preis und Qualität eine fast unschlagbare Konkurrenz darstelle. Dazu komme noch etwas anderes: Die Zahl der 40.000 Tonnen-Jahresproduktion der Wiener Gemüsegärtner sei zwar an sich schon imposant, man müsse aber dazu festhalten, daß - infolge ausgedehnter Glashausflächen - ein großer Teil dieser Produktion in der vitaminarmen Zeit auf den Markt komme, zu der eine Freiland-Produktion normalerweise unmöglich sei. Auch dadurch wirke die Wiener Frischgemüse-Produktion preisregulierend.

Der Redner schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung, er hoffe, daß die Zusammenarbeit zwischen Wiener Landwirtschaftskammer und Magistrat Wien in Hinkunft noch besser als bisher funktionieren werde.

GR. Peter (FPÖ): Auch seine Fraktion ist der Meinung, daß die Leistungsfähigkeit der Wiener Landwirtschaftsbetriebe im Interesse der Wiener Bevölkerung erhalten bleiben muß und endlich auch klare Verhältnisse geschaffen werden müssen.

Er stellt fest, daß sich auch in den Ansätzen dieser Gruppe die stets fortschreitende Teuerung widerspiegelt. Besonders auffallend sei jedoch das ständige Steigen der Ansätze für die Datenverarbeitungsanlage. 1966 wurden dafür 2,7 Millionen aufgewendet, im Ansatz 1967 waren 4,7 Millionen veranschlagt und für

1968 sind es bereits 5,4 Millionen. Sinn und Zweck der Verwendung von Datenverarbeitungsanlagen soll jedoch eine Verwaltungsvereinfachung sein, was in diesem Fall aber ein sehr kostspieliges Beginnen sein dürfte.

Als erfreulich bezeichnet es der Redner, daß die Bäckereien durch die Anschaffung eines Heizkessels und eines Ölbehälters besser ausgestattet und dadurch leistungsfähiger wurden.

Zu den Gaststätten: Es erhebt sich die Frage, ob es überhaupt Aufgabe der Gemeinde Wien ist, Gaststätten zu betreiben.

Auf dem Sektor der Märkte wäre vorerst festzustellen, ob sie heute überhaupt noch eine funktionelle Aufgabe haben und welche. Es wird immer wieder gesagt, daß Märkte preisbildend wirken. Trifft das heute noch zu, und wenn ja, wie wirkt sich das auf manchen Klein- und Mittelbetrieb aus? Man zwingt diese kleinen Betriebe durch die Märkte vielfach dazu, von ihrem ohnedies kleinen Verdienst noch Abstriche zu machen und gefährdet sie dadurch in ihrer Existenz. Der Redner gibt einen geschichtlichen Überblick über das Entstehen und Werden der Märkte, die wahrscheinlich die älteste kommerzielle Einrichtung der Menschheit überhaupt sind. Während jedoch seinerzeit die Märkte direkt von den Erzeugern beliefert wurden, ist das heute nur mehr selten der Fall. Es stimmt heute auch fast nicht mehr, daß Nachfrage und Angebot den Preis bestimmen, sondern es sind viele andere Komponenten. Ein Großteil der Waren kann in seinem Preis heute nicht mehr vom Händler allein fixiert werden.

Über eine wichtige psychologische Komponente des Marktes, nämlich das "Handeln", zerbricht man sich viel zu wenig den Kopf, allerdings hat die Hausfrau, noch dazu, wenn sie berufstätig ist, gar keine Zeit, zu "markten". Damen im Pelzmantel wiederum würden sich genieren, mit der Standlerin zu feilschen.

Das preisregulierende Prinzip der Märkte ist durchaus zu bejahen, doch dürfte es sehr schwierig sein, nicht ständig beschickte Märkte einzuführen, weil dieses Vorhaben zumeist am Platzmangel scheitert und außerdem die Märkte zu große Verkehrserreger wären.

Im Vorjahr wurde behauptet, Verhandlungen über Großgrünmarkt und St. Marx stünden vor der Tür, da es zu diesen Verhandlungen noch nicht gekommen ist, weiß man offenbar nicht, was man will. Stadtrat Prutscher wird unter diesen Umständen in die Marktgeschichte als der "große Zauderer" eingehen. Seit 1965 wurden sechs Maximal- und Minimallösungen vorgelegt, deren Kosten zwischen 830 und 440 Millionen Schilling schwankten. Aus diesen Gründen können die Freiheitlichen zu ihrem Bedauern diesem Kapitel nicht zustimmen.

GR. Binder (SPÖ) tritt unter Hinweis darauf, daß rund um Wien ständig neue Schlachtstätten gebaut werden, für die möglichst baldige Schaffung eines Fleisch- und Schlachtzentrums in St. Marx ein. Man sollte sich die Erfahrungen der Großkaufhäuser in der Mariahilfer Straße zunutze machen, daß der völlige Neubau der Anlagen wesentlich billiger kommt als ständige Reparaturarbeiten. Allein der Umsatz an Lebendvieh betrug im vergangenen Jahr in St. Marx 1,5 Milliarden Schilling.

Der Bau zahlreicher kleiner Schlachtstätten rings um Wien berge die Gefahr, daß die Kunden in die Provinz abwandern und der Stadt viel Geld verloren gehen werde.

Wenn hinsichtlich des neuen Fleischzentrums nicht bald etwas Konkretes geschieht, bestehe auch noch die Gefahr, daß die hochqualifizierten Schlächter abwandern - Kräfte, die sich so bald nicht ersetzen ließen.

Als nächster Debattenredner beschäftigte sich GR. Walzer (ÖVP) mit Problemen des Beschaffungsamtes. Dieses Amt sei für das Wiener Gewerbe von größter Bedeutung, da sein jährlicher Umsatz von rund 200 Millionen Schilling direkt der Wiener Wirtschaft zugute komme. Um die Vollbeschäftigung im kommenden Jahr zu sichern, solle bei der Vorlage gleichwertiger Erzeugnisse unbedingt jenen von Wiener Betrieben der Vorzug gegeben werden.

Über die Städtische Bäckerei sagte GR. Walzer, daß dieser Betrieb in den vergangenen Jahren weitgehend modernisiert und rationalisiert worden sei; als jüngste Neuerung wurde eine "Semmelstraße" installiert. Der Erfolg dieser Maßnahmen habe nicht auf sich warten lassen: er drücke sich in einer Absatzsteigerung von 20 Prozent aus.

Durch die Rationalisierung konnten nicht nur personelle Einsparungen erzielt sondern auch die Arbeitszeit von 47,5 auf 41 Stunden wöchentlich herabgesetzt werden.

Daß 90 Prozent des Brotbedarfes der Spitäler durch die städtische Bäckerei gedeckt werde, berge die Gefahr der Monopolstellung dieses Betriebes und benachteilige das Bäckereigewerbe, das in schweren Zeiten unter schwierigsten Bedingungen für die Brotbelieferung der Spitäler gesorgt habe.

Bei den Detailmärkten hat sich die Wettbewerbssituation neuerlich verschärft. In der Marktplanung muß für neue Standorte, für Kurzparkzonen und für eine Mindestgröße, die ein breites Warensortiment ermöglicht, gesorgt werden. Auf den Wiener Märkten gibt es derzeit 1.425 Betriebe mit einer Verkaufsfläche von 45.413 Quadratmetern. Es ist nicht angängig, daß die Handelsgroßfirmen sich auf ein risikoloses Warenangebot beschränken und das risikoreiche Frischwaren-Geschäft den Kleinen zuschieben. (Beifall bei der ÖVP)

Im Rahmen eines neuen Standortkonzeptes muß auch für entsprechende Abfallbeseitigung und eine zweckmäßige Gestaltung der Verkaufsstände Sorge getragen werden. Die Standortpolitik muß elastisch sein, um auch in neuen Wohngebieten die Schaffung von Märkten zu ermöglichen.

Zum Rinderschlachthof ist zu sagen, daß die ältesten Gebäudeteile schon 120 Jahre alt sind. Erfahrungsgemäß sind viele Um- und Zubauten teurer als ein Neubau. Trotz der großen Kompetenzschwierigkeiten müssen beim Schlachthof nunmehr Taten gesetzt werden.

GR. Walzer setzte sich sodann mit den Ausführungen von GR. Hintschig zum Kapitel Bauwesen auseinander, die er als einseitig bezeichnete. Bei der saisonbedingten Schwankung des Beschäftigtenstandes im Baugewerbe darf nicht auf die 20.000 Fremdarbeiter vergessen werden, die bis Jahresende vereinbarungsgemäß entlassen werden müssen. Bei der Winterarbeitslosenziffer für Wien müssen die bürgenländischen Bauarbeiter ins Kalkül gezogen werden. (Zwischenruf GR. Jodlbauer (SPÖ):

"Aber in Wien wird doch gegen die Winterarbeitslosigkeit mehr getan, als anderswo!") Das ist richtig, aber es muß diesbezüglich sachlich argumentiert werden.

Es stimmt nicht, daß das Bautenministerium die Vorschläge des Beirates nicht berücksichtigt habe. Der Beirat ist mehrmals zusammengetreten und seine Vorschläge werden gegenwärtig geprüft. (Zwischenruf GR.Hintschig, SPÖ: "Der Beirat hat sich nur konstituiert und seither ist nichts mehr geschehen!") Ich habe diesbezüglich anderslautende Informationen. Eine Steigerung der Baukapazität um 30 bis 50 Prozent bei entsprechender Koordinierung der Bauaufträge ist nach Lage der Dinge eine Illusion. (Zwischenruf GR.Hintschig: "Diese Kapazität wäre vorhanden, wenn sie das Jahr über gleichmäßig ausgenützt werden könnte.")

GR.Walzer wandte sich sodann gegen Pauschalverdächtigungen gegenüber der Bauwirtschaft im Zusammenhang mit dem Bauskandal.

Allgemein ist zu bemerken, daß die Gemeinde Wien für die Wiener Wirtschaft zweifellos Beträchtliches leistet. Aber es bleibt doch noch manches zu tun, vor allem auf dem Sektor der Geschäftslokale für kleine und mittlere Betriebe. Einkaufszentren bergen jene Gefahren, die Konzentrationserscheinungen und Monopolstellungen in der Wirtschaft hervorrufen und sind daher nicht immer nur positiv zu beurteilen.

GR.Walzer weist auf die Notwendigkeit des Bestandes von Klein- und Mittelbetrieben im Verkauf hin und appelliert, diesen Betrieben zu helfen. Er setzt sich dann mit der Frage auseinander, ob das Gewerbe und der Handel in Zukunft zum Sterben verurteilt sein werden. Diese Frage, die schon im Zusammenhang mit der Gründung der EWG und EFTA allorts gestellt wurde und immer wieder auftaucht, kann dahingehend beantwortet werden, daß das Gewerbe seinen Platz nicht nur gehalten, sondern sogar gefestigt hat. Daß auch das Gewerbe im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution laufend Strukturveränderungen unterworfen ist, ist selbstverständlich, und verlangt von den Unternehmern große Aufmerksamkeit und Beweglichkeit. Ein Blick auf die Statistik - in gesamtösterreichischer Sicht - zeigt, daß in der Textil-, Bekleidungs- und Holzverarbeitenden Branche Rückgänge, in der metallverarbeitenden Industrie Steigerungen zu beobachten waren. Besonders seien Kleinstbetriebe (**Ein-Mann-Betriebe**) vom Zusperrren bedroht. So zeigt die Statistik vom 1. August 1951 bis 1. August 1961, daß Kleinstbetriebe um 24 Prozent, Betriebe mit zwei Beschäftigten um 16,6 Prozent und solche mit drei Beschäftigten nur mehr um 1,9 Prozent zurückgegangen sind.

Hingegen haben Betriebe mit vier Beschäftigten um 7,8 Prozent, jene mit fünf um 32,5 Prozent zugenommen. Die Tatsache, daß das Gewerbe mit 57 Milliarden am Nationalprodukt beteiligt ist, beweist, daß der Pessimismus bezüglich der Zukunft des Gewerbes fehl am Platze ist. Er mache sich große Sorgen um den gewerblichen Nachwuchs und betont, daß die Schuld zum großen Teil auch bei den Meistern selbst zu suchen ist, da sie immer wieder vor jungen Menschen über ihre berufliche Situation lamentieren. Er weist besonders darauf hin, daß das Gewerbe noch immer 60 Prozent der Facharbeiter ausbildet. Es wird viel Aufklärungsarbeit notwendig sein, um dieses Problem der Nachwuchspflege zu bewältigen. Es wird an der Jugend liegen, die großen Chancen, die sie heute vorfindet und die nie noch so gut waren, zu nützen. (Allgemeiner Beifall!)

Der Redner wendet sich dann dem Problem Preise und Löhne zu. Er streicht hervor, daß dem Gewerbe in Bezug auf seine Rationalisierung gewisse Grenzen gesetzt sind, da es nicht im selben Maße wie die Industrie seine Produktivität steigern könne.

Als nächster Debattenredner befaßt sich GR. Eder (SPÖ) mit den speziellen Problemen der Geschäftsgruppe X und streicht einzelne Leistungen besonders hervor. Er betont, daß die Preissteigerungen bei Brot usw. ausschließlich eine Folge des Stützungsabbaues seit 1. Jänner 1967 sind und ~~er~~ die Befürchtung aus, daß die Möglichkeit der Erhöhung der Mieten für Geschäftslokale ab 1. Jänner 1968 neuerliche Preiserhöhungen nach sich ziehen werde.

Da die Landparteistände auf den Märkten die Preise zugunsten der Konsumenten beeinflussen, sollte ihrer Erhaltung großes Augenmerk zugewandt werden. Für größte Reinhaltung müßte gesorgt werden, denn für die Bevölkerung ist das Wohnen in Marktnähe nicht immer angenehm.

Wie leichtfertig Gaststätten über sanitäre Belange hinwegsehen, ergibt sich aus der Tatsache, daß bei 33 Überprüfungen durch die Einsatzgruppe der Lebensmittelpolizei gegen nicht weniger als 20 Betriebe wegen Übertretung des Bazillenausscheidergesetzes Anzeigen erstattet wurden. Die Lebensmittelpolizei arbeitet rasch und zielstrebig, ihr Wirken dient der Volksgesundheit, aber auch dem Fremdenverkehr.

Die sozialistische Fraktion bekundet neuerlich ganz eindeutig ihr Wollen auf Errichtung des Großmarktes Inzersdorf.

In der näheren ~~und weiteren~~ Umgebung Wiens wurden bereits 55 Schlachthanlagen geschaffen; zwecks Koordinierung müßten Kontakte mit den zuständigen Stellen in Niederösterreich aufgenommen werden.

Konkret fragt er den Stadtrat, wann endlich die Erhebungen für das Versorgungszentrum St. Marx abgeschlossen sein werden. Unter dem Beifall der SPÖ-Fraktion ruft er dem Stadtrat zu: Mehr Dynamik in Sachen Fleischversorgungszentrum! Durch die Neugestaltung dieses Versorgungszentrums würden nicht nur Arbeitsplätze gesichert, es würden außerdem 100.000 Quadratmeter Wohnbaugründe und Industriegelände frei.

Die Sozialisten werden den Budgetansätzen der Verwaltungsgruppe X zustimmen. (Beifall bei der SPÖ)

Schlußwort

In seinem Schlußwort nimmt Stadtrat Dr. Prutscher zunächst zu Fragen der Planung Stellung und erklärt, daß auf Grund der großen Zahl an Anmeldungen in Inzersdorf sowohl die erste als auch die zweite Ausbaustufe realisiert werden soll.

Die Feststellung, daß eine Verlegung des Großmarktes unerläßlich ist, deckt sich voll und ganz mit den Auffassungen der Geschäftsgruppe. Der Referent müsse darauf bestehen, daß Planungsunterlagen geliefert werden, die die Gewähr bieten, daß mit den Gebühren das Auslangen gefunden wird.

Nach Rücksprache mit dem Magistratsdirektor habe er die Stadt Wien ersucht, die Verhandlungen mit den niederösterreichischen Stellen zwecks Koordinierung bei der Schlachthofplanung einzuleiten. Ein Minimal- und Maximalprogramm wurden deshalb ausgearbeitet, weil gewährleistet werden sollte, daß mit den Arbeiten möglichst rasch begonnen wird, dabei aber gleichzeitig auf spätere Ausbaumöglichkeiten Rücksicht genommen werden kann.

Er habe keineswegs die Absicht, die Essensgewohnheiten der Bevölkerung zu ändern, wohl wird aber nach Fertigstellung des neuen Schlachthofes vielleicht eine Änderung der Schlachtgewohnheiten eintreten.

Wenn für die Verwirklichung beider Projekte nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen, müßte zunächst der Ausbau des Rinderschlachthofes in einem wirtschaftlich tragbaren Ausmaß in Angriff genommen werden. Risikofreudigkeit zu verlangen und nicht gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die notwendigen Mittel durch die Gebühren hereingebracht werden, bedeutet, zum Fenster hinaus zu reden.

Es wurden von der Bauring-Interconstruct eine Reihe von Projekten erstellt. Es gab jedoch zum Beispiel ein Projekt für die Kühlanlage, das 50 Millionen erforderte, ein anderes aber, daß Baukosten von 250 Millionen verursacht hätte. Nach wiederholten Anfragen habe ihm jedoch die Interconstruct erklärt, daß sie es für überflüssig halte, seine diesbezüglichen Anfragen zu beantworten.

Schaden am Export, weil keine moderne Schalachtanlage: Der Stadtrat stellt fest, daß er die heute von einem Debattenredner vorgebrachten Argumente bereits gegenüber dem Finanzreferenten gebraucht habe, damals jedoch die Antwort erhielt, es bestehe keine Möglichkeit, beide Projekte zu verwirklichen.

Ein Provisorium für die Fleischmarkthalle komme nicht in Frage. Die Planung muß so durchgeführt werden, daß ein Projekt mit dem anderen übereinstimmt, da wir ja nicht die Mittel haben, alles auf einmal zu bauen. Der Stadtrat stellt fest, daß er gerne die Verantwortung für die Planung übernehme, er müßte dann jedoch alle Auskünfte und Unterlagen zur Verfügung haben. Derzeit bekomme er diese nur nach langwierigen Interventionen.

Zur Datenverarbeitung: Die höheren Kosten werden durch die Verwendung zusätzlicher Maschinen, höhere Mietkosten und durch größeren Materialverbrauch verursacht. Diese höheren Kosten haben jedoch ihren Niederschlag in geringeren Personalkosten.

Zur Frage der Bäckerei vertritt der Stadtrat die Ansicht, daß es günstig sei, neben der städtischen Bäckerei private Betriebe zu beschäftigen. Es sei dies nicht nur eine Produktionsreserve, sondern wirke sich auch auf die Qualität aus.

Zur Markthalle: Es liegt eine Unkostenschätzung der Bau-
direktion vor, aber keine genaue Berechnung. Es ist auch noch
nicht geklärt, wer die Aufwendungen bezahlt, die aus Verkehrs-
rücksichten notwendig sind.

Was den neuen Favoritner Markt betrifft, habe er bereits ein-
mal berichtet, daß auf Grund des Gutachtens der Standortberatungs-
stelle der Standort als ungünstig zu bezeichnen ist. Seitens der
Planung habe er jedoch noch keine Vorschläge für einen Standort
bekommen. Vielleicht läßt sich das Problem mit Hilfe eines
mobilen Marktes lösen. In dieser Angelegenheit habe er sich be-
reits an verschiedene Interessenten gewendet. Das Interesse sei
groß, es ist jedoch die Frage, wo geeignete Plätze vorhanden sind.
Speziell die Parkplatzfrage ist hier schwierig.

Die Märkte wirken natürlich preisregulierend. Sie geben aber
gerade auch den kleinen Selbständigen die Möglichkeit zur Existenz-
gründung. Hinsichtlich eines neuen Standortkonzeptes könne er nur
die Ausführungen von Gemeinderat Walzer unterstreichen.

Zur Qualitätsfrage: Wir bekommen einen neuen Kodex, der alte
stammt bereits aus der Zeit vor 1914, und die Lebensgewohnheiten
haben sich seither wesentlich geändert. Es muß dann nur die ent-
sprechende Kennzeichnung der Waren vorgenommen werden.

Das Problem des neuen Schlachthofes läßt erkennen, daß es sich
über die Grenzen der Stadt hinaus um ein österreichisches Problem
handle. Die Lage Wiens werde durch die Randlage am Eisernen Vorhang
erschwert, nicht zuletzt durch hohe Transportkosten von den Er-
zeugungsländern zur Schlachtstätte.

Die Regierung sei jedoch durchaus bereit, stellte Stadtrat
Dr. Prutscher fest, auf die Vorschläge Wiens einzugehen. Bekannt-
lich wurde kürzlich von der Bundesregierung ein Gesamtkonzept der
österreichischen Raumordnung in Auftrag gegeben, das sich auch
mit der besonderen Situation der Bundeshauptstadt befassen werde.

Die Beliebtheit Wiens reiche an anderen Orten oft nicht über
den Donauwalzer hinaus. So wie Bern in der Schweiz müsse auch Wien
mit der Abneigung gegenüber einem tatsächlichen oder vorgegebenen
Zentralismus fertig werden. Jedenfalls müsse von seiten der Bundes-
hauptstadt alles getan werden, um ihre Probleme in geeigneter Form
der Bundesregierung und den Bundesländern nahezubringen.

Bei der Abstimmung wurde der Voranschlag des Kapitels Wirt-
schaftsangelegenheiten, mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Modell des Inzersdorfer Großmarktes im Amtshaus
=====

18. Dezember (RK) Das Modell des künftigen Großgrünmarktes in Wien-Inzersdorf im Maßstab 1:500 ist ab morgen, Lienstag, 19. Dezember, in der ständigen Ausstellung der Marktamtsdirektion der Stadt Wien zu besichtigen. Die Ausstellung befindet sich im Amtshaus, 1, Rathausstraße 14-16, 1. Stock.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

18. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 3 S, Kohlrabi 3 bis 5 S, Kraut 3 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Wirtschaftsware 3 bis 4 S, Tafelware 6 bis 8 S, ~~Paranen~~ 8 S, Orangen 3.60 bis 6.50 S je Kilogramm.

- - -

Debatte über Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

Ergänzend zu der Ausführung seines Referates setzte sich Stadtrat Rudolf Sigmund mit einem Debattenbeitrag von GR. Jedletzberger auseinander, in dem die Vermutung geäußert wurde, die Kaufverhandlungen für die Gründe des Großgrünmarktes würden bewußt verzögert. Der Referent nahm dagegen Stellung, daß Mitglieder des Gemeinderates ohne Beweise derartige Behauptungen aufstellen. Eine bewußte Verzögerung von Kaufverhandlungen könne nur entweder vom Stadtrat angeordnet oder von den Beamten eigenmächtig herbeigeführt worden sein. Stadtrat Sigmund erklärte, daß er niemals eine derartige Anweisung gegeben habe und auch die Beamten von sich aus keinerlei Interesse an einer Verzögerung hätten. Die Mitarbeiter der Magistratsabteilung 69 legen vielmehr oft eine Engelsgeduld an den Tag, um mit geringen Mitteln ein Maximum zu erreichen. Sie gehen dabei stets nach dem Grundsatz vor, daß eine Enteignung das letzte Mittel ist und nur nach Ausschöpfung aller anderer Möglichkeiten angewendet werden dürfe.

Die betreffenden Grundstücke waren bisher landwirtschaftlich genutzte Acker. Aus dem Umstand, daß sie nun für den Großgrünmarkt gebraucht werden, könne niemand das Recht ableiten, daß diese Äcker jetzt zu Baugrundpreisen verkauft werden können.

Unbegründet sei es ferner, für einen Quadratmeter dieser Gründe eineinhalb Quadratmeter eines Tauschgrundes zu verlangen. Die Errichtung eines Großgrünmarktes liege im allgemeinen Interesse und sei daher kein geeigneter Anlaß für private Besitzer, sich daran zu bereichern. Nicht richtig sei es ferner, daß der Präsident der Wiener Landwirtschaftskammer, der als Gemeinderat die Interessen der Stadt Wien vertreten müßte, sich zum Fürsprecher privater Interessen macht.

GR. Jedletzberger betonte in Zwischenrufen, er habe nicht behaupten wollen, daß Stadtrat Sigmund eine Anweisung zur Verzögerung der Kaufverhandlungen gegeben habe; er halte das Tauschangebot zu 1,5 Quadratmeter nur deshalb für vertretbar, weil es sich um sehr gute, seit langem kultivierte Böden handle.

Als erster Debattenredner lobte GR. Karger (KLS) die Magistratsabteilung 66, die wertvolle Arbeit auf dem wichtigen Gebiet der Statistik leiste, das statistische Taschenbuch sei ein überaus praktisches Hilfsmittel.

Nicht ganz so gut stehe es um das Statistische Jahrbuch der Stadt Wien, in welchem seit 1962 die Statistik über Ausstattung und Belag der Wohnungen fehle. Auch auf dem Gebiet der Wirtschaftsstatistik - das übrigens in ganz Österreich im argen liege - sei noch vieles nachzuholen, meinte Karger.

Der Redner beschäftigte sich auch mit der Wiener Feuerwehr, einer Institution, die, wie er sagte, "seit jeher ganz besonders die allgemeine Sympathie der Wiener genießt". Die letzten zwei Jahrzehnte hätten der Feuerwehr eine Verschiebung ihres Arbeitsgebietes gebracht, und nun stehe ihr erstmals eine ausgesprochen unpopuläre Maßnahme ins Haus: das Abschleppen von falsch geparkten Fahrzeugen. Karger richtete in diesem Zusammenhang den Appell an die Wiener Polizei, eine derartige Maßnahme wirklich nur in extremen Fällen zu veranlassen.

Dann kam der kommunistische Gemeinderat auf das Wahlrecht und das Wahlgesetz zu sprechen. Das Wahlgesetz schaffe eine Privilegierung der großen Parteien auf Kosten der kleinen und korrigiere so den Willen des Wählers. Hier sei eine Änderung dringend vonnöten. Auch die Verwaltung vernachlässige gewisse demokratische Arbeitsgrundsätze. Hinsichtlich Landtag und Gemeinderat sei zu sagen, daß die Mandatäre die nötigen Unterlagen oft erst ganz knapp vor den betreffenden Sitzungen erhielten. Als Beispiel führte Karger die bevorstehende Wohnbaureform an: Obwohl sie schon am 20. Dezember beschlossen werden solle, seien die Abgeordneten noch nicht in Kenntnis jener Form der Vorlage, die eingebracht werden soll.

Auch die für alle Bezirke konstante Zahl von dreißig Bezirksräten bezeichnete der Redner als undemokratisch, besonders im Hinblick darauf, daß den Wiener Entwicklungsbezirken von Jahr zu Jahr mehr Bedeutung zukomme.

Karger ging auch auf Maßnahmen zur Popularisierung der Tätigkeit der Stadtverwaltung ein. So gut es sei, daß der Wiener Bürger Einschau ins Budget nehmen könne, so bedauerlich sei es, daß der dafür ausersehene Raum des Rathauses im letzten Stockwerk in einem unauffälligen Winkel liege.

Überdies seien Personen, die Anregungen zum Budget - sogenannte Erinnerungen - abgeben hätten wollen, auch nach ihrer politischen Funktion gefragt worden, was der Redner ganz besonders ablehnte.

Die Praxis der Flächenwidmungsänderungen bezeichnet der Redner als mangelhaft, da hierüber nur selten eine demokratische Diskussion abgeführt werde. Meistens werden nur die Bezirksvorsteher gefragt, geben ihre Zustimmung oder Ablehnung und damit ist die Sache ohne Befassung eines Gremiums erledigt.

Lob wird der "Rathaus-Korrespondenz" zuteil. Als erfreulich bezeichnet es der Redner, daß hier die langjährige Forderung nach Fernschreiber endlich erfüllt wurde und daß viel mehr Widmungsseiten an Stelle der kostspieligen Postwurfsendungen getreten sind.

Auf die Belange der Magistratsabteilung 69 übergehend: "Österreich ist ein Paradies der Bodenspekulanten". Wo anders wird der Vorrang des öffentlichen Interesses gesetzlich festgelegt und es sei höchste Zeit ein Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz zu beschließen. "Der Stadtrat hat eine glanzvolle Verteidigungsrede für die Regierung gehalten. Die ÖVP Wien erklärt, das ihre dazu tun zu wollen - aber die Taten ist sie uns bisher schuldig geblieben. Kann sie nicht auf die Regierungspartei einwirken, das schon lange im Nationalrat schlummernde Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetz zu beschließen?"

Der Redner findet die Zeit reif für eine Probe aufs Exempel. "Fakten setzen und die Regierung zu einer positiven Haltung zwingen."

./.

Er widmet sich im besonderen dem Kapitel Schmelz. Stadtrat Heller hat vor Jahren schon ein Sportzentrum angekündigt. Was jedoch Wirklichkeit zu werden drohe, sei eine Bundeserziehungsanstalt für Leibeserziehung, gegen die im Bezirk Einspruch erhoben wird. Der Redner wundert sich, daß die Wiener Verhandlungsseite den Wünschen der Wiener so gar kein und jenen des Bundes so sehr Gehör schenke.

Trotzdem stimme er namens seiner Fraktion den Ansätzen der Verwaltungsgruppe XI zu.

GR. Dr. Habl (ÖVP) als nächster Debattenredner stellt fest, daß der Löwenanteil des Budgets der Geschäftsgruppe XI für Grunderwerbe vorgesehen sei. Er lobt den Amtsführenden Stadtrat, der diesmal entgegen bisheriger Gepflogenheit die Ansätze höher (nämlich 190 Millionen Schilling) und demnach realistischer gestaltet habe. Bisher hätte man sich jeweils in Form eines Nachtrages die Zustimmung vom zuständigen Finanzreferenten holen müssen, welche Praxis auch auf Bundesebene schon vom Verfassungsgerichtshof zum wiederholten Male verurteilt worden sei.

Allerdings bemängelte er im Ansatz das Fehlen von Mitteln für die Drucklegung der neuen Wiener Verfassung, die jetzt schon gut zwei Jahre als "Provisorium" besteht. "Zu ihrer Lektüre braucht man immer noch ein Gesetzbuch, um zu wissen, was noch gilt und was nicht mehr". - Gleiches gilt für die Geschäftsordnung, die schon seit einem Jahr beschlossen, aber noch nicht gedruckt wurde.

"Vielleicht ist ihr Fehlen der Grund, warum sie nicht so gut eingehalten wird, wie sie es sollte. Dies gilt besonders für Anträge." Er verweist auf jenen Antrag der ÖVP, der den Abverkauf von gemeindeeigenen Grundstücken zum Inhalt hatte.

Das Vorliegen einer gedruckten Geschäftsordnung würde vielleicht dazu führen, daß gestellte Anträge nicht so lange auf ihre Erledigung warten lassen. Der Redner erinnert in diesem Zusammenhag an Anträge seiner Fraktion, die noch unerledigt sind. So unter anderem ein Antrag, betreffend den Abverkauf von Einzelgrundstücken, die jahrelang brach liegen, Verwaltungsarbeit erfordern, und als Tauschgründe nicht geeignet sind;

ein Antrag, betreffend die wirtschaftspolitischen und verkehrstechnischen Untersuchungen über das Projekt eines Donau-Oder-Kanals; ein Antrag, der die Zusammenstellung der mehrjährigen Investitionen im Voranschlag und im Rechnungsabschluß betrifft und ähnliche.

Kleine, derzeit bestehende Mängel in der Geschäftsordnung müßten vor Drucklegung noch beseitigt werden. Das gilt vor allem für die Frage, was geschieht mit jenen Anträgen, die nicht einem Ausschuß zur weiteren Behandlung zugewiesen werden, sondern dem Magistrat. Im Laufe dieser Budgetdebatte haben mehrere Gemeinderäte einen Antrag urgieren müssen, der noch auf Beantwortung wartet. Wir haben nach der sehr schweren Arbeit der Novellierung der Wiener Verfassung noch das zweite Hauptstück unerledigt. Der Redner ersucht den Stadtrat um Mitteilung, wann geplant ist, die Stellung Wiens als Land entsprechend zu adaptieren und damit im Zusammenhang auch die Geschäftsordnung für den Wiener Landtag.

Der Redner beschäftigt sich sodann mit Fragen des Zivilschutzes und damit im Zusammenhang mit der Bevorratung. Als nicht ausreichend bezeichnet er die Sanktion, daß ein Lagerverwalter für abhandengekommene Vorräte finanziellen Schadenersatz leisten muß. Als Vorbild für die Regelungen auf diesem Gebiet könnte die Schweiz und Schweden dienen.

Abschließend stellt der Redner fest, daß im Ausschuß stets gute Zusammenarbeit bestand und daß man immer, auch wenn man einmal einen konträren Standpunkt einnehmen mußte, zu einer Lösung der Probleme kam. Einer von jenen, die in diesem guten Geist der Zusammenarbeit im Ausschuß gewirkt haben, ist GR. Bittner, der nun den Ausschuß verläßt. Der Redner dankt ihm für seine im Ausschuß geleistete Arbeit herzlich. Als einen kleinen Wunsch, den er gerne erfüllt hätte, ersucht der Redner, nicht nur die Tagesordnung des Ausschusses rechtzeitig zu versenden, sondern auch nach Möglichkeit die Nachträge, die nicht so umfangreich sein sollten, weil dann ja ein genaues Studium unmöglich wäre.

GR. Dr.Hirnschall (FPÖ) stellt fest, er mußte während der Beratungen oftmals bedauern, daß die Ansätze für wichtige Dinge zu niedrig sind. Immer wenn man Anregungen bringt, heißt es, es wären nicht die notwendigen Mittel vorhanden.

Bei Betrachtung des vorliegenden Kapitels komme man jedoch zur Ansicht, daß diese Beträge bei verschiedenen anderen Posten hätten eingespart werden können. Der Redner verweist in diesem Zusammenhang auf die ständig steigenden Ansätze der Präsidialausgaben. Das Bedürfnis zu repräsentieren habe in den letzten Jahren einen Umfang angenommen, der mit der Entwicklung der übrigen Ausgaben der Stadt Wien in keiner Relation stehe.

Eine noch stärkere Aufwärtsentwicklung haben die Budgetansätze des Presse- und Informationsdienstes erfahren. Bisher waren 3,7 Millionen an Herstellungskosten veranschlagt, für 1968 sind es bereits mehr als zehn Millionen sowie weitere 5 Millionen, die unter "Verschiedenes" aufscheinen. Der Redner hegt die Befürchtung, daß diese großen Beträge - ähnlich wie bei den Plakataktionen des Bundes - auch für Plakate verwendet werden könnten, also Gemeinde und Bund auf Kosten der Steuerzahler ihre propagandistische Tätigkeit entfalten. Die Pressestelle hat mit der "Rathaus-Korrespondenz" ausführliches und brauchbares Nachrichtenmaterial zu liefern. Aufgabe der freien Presse sei es, darüber zu berichten. Daß man so hohe Beträge für Plakate, Postwurfsendungen und schlechte Werbesendungen im Rundfunk ausgibt, kann man nur als Fehlinvestition bezeichnen.

Die für die Statistik vorgesehen Beträge bezeichnete der Debattenredner als bescheiden.

Sollten beim Posten Sondererfordernisse noch Mittel übrigbleiben, dann wäre es zweckmäßig, die novellierte Geschäftsordnung des Gemeinderates neu drucken zu lassen.

Für Grundkäufe stünden 190 Millionen bereit. Das besage jedoch nichts. Im Jahr 1967 seien 150 Millionen vorgesehen gewesen, die dann nach und nach auf 402 Millionen aufgestockt worden seien.

Betrachtet man die Zahlen der letzten sechs Jahre, dann bemerke man, daß die Gemeinde für Grundkäufe 850 Millionen veranschlagt habe. Tatsächlich ausgegeben habe man jedoch 1,6 Milliarden, also fast das Doppelte. Zum Zweck der Bebauung stünden nun genug Flächen zur Verfügung. Man müsse sich fragen, ob es nicht besser wäre, mehr Mittel für die Aufschließung der bereits gekauften Gründe auszugeben.

Außerdem sei zu bedenken, daß sich Beträge von rund 400 Millionen jährlich auf dem Wiener Grundstückmarkt nicht gerade preisdämpfend auswirken.

Der Debattenredner kam dann auf das vom Wiener Landtag beschlossene Ausländer-Gründerwerbs-Gesetz zu sprechen und stellte fest, daß ein ähnliches, in Salzburg beschlossenes Gesetz vom Verfassungsgerichtshof mit der Begründung aufgehoben worden sei, daß ein derartiges Gesetz in die Kompetenz des Bundes falle. Es wäre notwendig, zu klären, ob es sich mit dem Wiener Gesetz nicht ähnlich verhalte.

Im Hinblick auf das Amtsblatt stellte GR. Dr. Hirnschall fest, daß es gelungen sei, diese Publikation besser auszustatten und interessanter zu gestalten. Allerdings sei es in letzter Zeit zu Entgleisungen gekommen. Es gehe nicht an, daß ein Amtsblatt Polemiken gegen Mandatäre der eigenen Körperschaft führt. Auch die Berichte aus anderen Ländern und Städten ließen zu wünschen übrig, zumal sie in letzter Zeit weniger kommunal, dafür aber mehr politisch gehalten waren.

Da in dieser Geschäftsgruppe eine Reihe von Ausgaben enthalten ist, die nach Auffassung seiner Fraktion nicht erforderlich seien, werde die Fraktion den Budgetansätzen nicht die Zustimmung geben.

Als nächster Debattenredner trat GR. Dr. Glatzl (ÖVP) ans Pult, der einleitend feststellte, daß in diesem Saal, den am "Tag der offenen Tür" zahlreiche Wiener mit Interesse betrachtet hätten, weniger das Budget debattiert werde, sondern weit eher die gesamte kommunale Problematik. GR. Dr. Glatzl ließ die Frage offen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, die Fragen des Budgets über das ganze Jahr zu verteilen, damit man sie ohne Zeitdruck behandeln könne.

Was die Präsidial-Ausgaben betreffe, sei es von großer Wichtigkeit, daß die Stadt Wien in der Welt entsprechend repräsentiert werde.

Die Ausgaben für den Informationsdienst bezeichnete GR. Dr. Glatzl, gemessen am Gesamtbudget, als nicht überwältigend. Sein Ausbau sei zu begrüßen, er sollte jedoch seinen amtsgebundenen Charakter verlieren. Information sei heute alles. Eine Körperschaft, die sich auf diesem Sektor nicht Raum verschaffe, gehe unter. Allerdings sollte dieses Instrument der Information so geführt werden, daß es über jeden Verdacht erhaben sei, man arbeite im Hinblick auf das Wahljahr 1969.

Es sei auch notwendig, eine entsprechende Werbung in den Bundesländern zu betreiben. Es sei nicht gleichgültig, was die Steirer oder Oberösterreicher über Wien denken. Man finde außerhalb Wiens manches Mißverständnis, das beseitigt werden müsse.

Die Tatsache, daß das Amtsblatt ab Jänner in den Trafiken erhältlich sein wird, begrüßte der Debattenredner. Nur müßte man eine einheitliche Linie finden. Gegenwärtig zerfalle die Publikation in drei Teile: in das Amtsblatt, in einen Nachrichtenteil und in einen Inseratenfriedhof. Er glaube jedoch nicht, daß die Wiener das Amtsblatt der Inserate wegen kaufen werden.

Noch bis vor kurzem sei die SPÖ-Fraktion im Amtsblatt besser weggekommen, von dieser Bevorzugung einer Fraktion sei man jedoch inzwischen abgerückt.

Auch die graphische Linie der Rathauspublikationen sollte neu durchdacht werden; sie ist dem neugotischen Stil dieses Hauses vergleichbar. Es ist die Frage, ob die häufige Zitierung des Rathausmannes heute noch ankommt. Auch zum "Tag der offenen Tür" sollte man neue Überlegungen anstellen.

Die Bezirksvertretungen sollten wirkliche Aufgaben erhalten, öfter als alle Vierteljahre zusammentreten und nicht nur Erhebungen durchführen. Im Zivilschutz hätten sie ein wichtiges Betätigungsfeld. Es ist zu fragen, welche Gründe Wien eine stärkere Aktivität im Zivilschutz verbieten. Es wäre zu wünschen, daß bei der Novellierung der Bauordnung und beim Bau der U-Bahn die Anliegen des Zivilschutzes berücksichtigt werden. Daß die Wiener Feuerwehr auch an Zivilschutzkursen teilnimmt ist begrüßenswert.

Die Haushaltslisten könnte man den Besitzern von Ein- und Zweifamilienhäusern auch mit der Post zustellen.

Als Grundeinkäufer ist die Stadt Wien für die Bodenpolitik hauptverantwortlich. Dabei hat man zuweilen nicht den Eindruck, daß eine gezielte Bodenpolitik betrieben wird. Wien besitzt bereits mehr Grund, als seiner Fläche entspricht. Ein großes Problem bei Grundtransaktionen ist der Ausgleich der berechtigten privaten Interessen mit den öffentlichen Aufgaben. Das

Wort von der "persönlichen Bereicherung" muß man dabei vorsichtig gebrauchen, denn auch die Grundkäufer sind Wähler, deren Interessen vertreten werden müssen.

Ein taugliches Mittel zur Beschaffung großer Flächen wären auch Grundumlegungen, wie sie anderswo gehandhabt werden. In Wien ist bisher noch kein einziges derartiges Verfahren durchgeführt worden. Bei der Beratung der neuen Bauordnung sollte man die Möglichkeit von freiwilligen Umlegungen schaffen. Mit ihrem Vorschlag für ein Kommissierungsgesetz wurde die ÖVP auf die Bauordnungsnovelle vertröstet, die hoffentlich darüber etwas enthalten wird. Bei allen Grundtransaktionen muß auf die "Gütlichkeit" des Verfahrens großer Wert gelegt werden.

Die ÖVP wird den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe zustimmen.

GR. Margarete Tischler (SPÖ) setzte sich mit der Bevölkerungsentwicklung auseinander und betonte die gegenüber 1955 stark gestiegenen Eheschließungs- und Geburtenziffern, die als Erfolg der systematischen Bemühungen der Stadtverwaltung zu werten sind.

Auch die Zuwanderung muß entsprechend gefördert werden und zwar durch Existenzsicherung und Wohnungsbeschaffung. Angesichts des ständigen Rückganges der Zahl der Gewerbebetriebe in Wien ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze besonders wichtig. Durch Industrieansiedlungen wird nicht nur für den Einzelnen und seine Familie etwas getan, sondern auch der Steuerertrag erhöht.

GR. Tischler äußert sich auch über ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, in welchem festgestellt wurde, daß alle Probleme im Zusammenhang mit dem Grunderwerb durch Ausländer Bundessache seien. Dadurch bleibe nun - auch für Wien - das Problem des Ausverkaufs von Grund und Boden an Ausländer ungeklärt.

Ebenso nicht auf Landesebene lägen leider die Kompetenzen der Bodenbeschaffung und Assanierung. Von Bundesseite werde die Übertragung der einschlägigen Kompetenzen an die Länder immer wieder verhindert. Daher könne Wien nichts gegen die schamlose Ausbeutung durch gewisse Grundeigentümer unternehmen.

Als Mandatarin des 3. Bezirks wolle sie, sagte die Rednerin, auch das Problem einer Schnellstraßenstation Rennweg-Ungargasse zur Sprache bringen. Seit Jahren liefen diesbezüglich Verhandlungen mit den zuständigen Bundesstellen, aber sogar trotz eines Vorfinanzierungs-Angebotes seitens der Stadt Wien sei diesen Verhandlungen bisher kein Erfolg beschieden gewesen.

Schlußwort

Stadtrat Sigmund nannte im Schlußwort die vorhergegangene Debatte "fast ein Familiengespräch", weil mit Ausnahme des KLS-Gemeinderates Karger nur Mitglieder des Gemeinderatsausschusses XI zu Wort gekommen seien, die ja am besten mit den Problemen der Geschäftsgruppe vertraut sind.

Eingehend auf die Diskussionsbeiträge erläuterte der Berichterstatter, daß für das Abschleppen falsch geparkter Fahrzeuge zwei neue Sonderfahrzeuge von der Feuerwehr angeschafft würden. Aber an Großaktionen unpopulärer Art sei keineswegs gedacht.

Sehr eingehend beschäftigte sich der Stadtrat mit dem Problem des Grunderwerbs durch Ausländer. Alle Juristen, auch die des Bundeskanzleramtes, seien einer Meinung gewesen, was die Länderkompetenz zu dieser Materie betreffe. Aber der Verfassungsgerichtshof habe eben anders entschieden, und dieser Entscheidung habe man sich zu beugen.

Im übrigen gehe es ja nicht darum, zu verhindern, daß etwa Ausländer, die in Wien eine Position haben oder hier schon sehr lange leben, sich eine Eigentumswohnung erwerben. Man habe auch volles Verständnis, daß ausländische Firmen für Direktoren, durch die sie sich hier vertreten lassen wollen, eine Wohnung benötigen. Was die Stadt Wien vermeiden wolle, sei die Spekulation mit österreichischem Grund und Boden.

Stadtrat Sigmund schließt mit dem Versprechen, daß sowohl in der Bauordnung wie in der U-Bahnplanung der Zivilschutz mitbehandelt werde. Im allgemeinen jedoch sei er Bundessache und zunächst wäre es Aufgabe des Bundes, in Hinsicht der Abgabenteilung Klarheit zu schaffen. Die Ansätze zum Budget der Geschäftsgruppe XI werden einstimmig angenommen.

Budget 1968 angenommen

Das Budget-Schlußwort hält Vizebürgermeister Slavik:

"In den vergangenen Jahren war es nicht üblich, daß sich der Finanzreferent der Stadt Wien am Ende der Debatte über den Haushalt der Bundeshauptstadt noch einmal zum Worte meldet oder dazu aufgefordert wird; heuer ist es aber anders: Ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshof, das erst dieser Tage erfließen ist, veranlaßt mich dazu. Und vor allem möchte ich die Feststellung treffen, daß die Situation alles andere als ein Match zwischen Bundesregierung und Landesregierung ist. Dazu ist die Situation zu ernst." Damit beginnt Vizebürgermeister Slavik sein Schlußwort als Finanzreferent.

Die Wiener Landesregierung hat am 18. Juli 1967 eine Reihe von Bestimmungen des Bundesfinanzgesetzes 1967 als verfassungswidrig angefochten. Hiefür war eine Reihe von verfassungsrechtlich bedeutsamen Gründen maßgebend, die bisher in der Judikatur des Verfassungsgerichtshofes noch keiner eindeutigen Klärung zugeführt waren.

Eine Gruppe von Gründen bildeten Ermächtigungen an den Bundesminister für Finanzen zu Kreditüberschreitungen. Von den fünf angefochtenen Bestimmungen wurde eine Bestimmung als nicht hinreichend determiniert als verfassungswidrig aufgehoben. Hinsichtlich einer weiteren Bestimmung wurde das Verfahren eingestellt, weil der Bund in der Zwischenzeit zwischen Anfechtung und der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes das bestehende Gesetz geändert hat. Bezüglich drei weiterer Ermächtigungen war der Verfassungsgerichtshof der Meinung, daß eine hinreichende Determinierung gegeben war.

Eine zweite Gruppe von Anfechtungsgründen bestand in der Ermächtigung an den Bundesminister für Finanzen zu Haftungsübernahmen. In einem Fall war der Verfassungsgerichtshof der Auffassung, daß die Ermächtigung des Finanzministers nicht hinreichend abgegrenzt war, während er in den restlichen drei Fällen die Auffassung vertrat, daß nunmehr die gesetzliche Abgrenzung hinreichend wäre.

Zwei weitere Bestimmungen, mit denen Verfügungen über das Bundesvermögen zugelassen wurden, wurden vom Verfassungsgerichtshof im Zuge seiner Überprüfung als verfassungswidrig erkannt und aufgehoben.

Darüber hinausgehend wurde eine Reihe von Fußnoten zu Budgetansätzen angefochten, weil das Amt der Wiener Landesregierung der Meinung war, daß sie im Hinblick auf Artikel 18 Absatz 1 B.-VG. und Artikel 51 der Bundesverfassung nicht hinreichend umschrieben beziehungsweise spezialisiert worden sind. Der Verfassungsgerichtshof erkannte, daß in zwei Fällen die Fußnoten verfassungswidrig seien, in den übrigen Fällen (sechs Fälle) war der Verfassungsgerichtshof wieder der Meinung, daß sie hinreichend der Verfassung entsprächen.

Außerdem wurden noch zwei weitere Bestimmungen, wobei eine hiervon den 13. Monat betroffen hat, als verfassungswidrig angefochten. In diesen Fällen war der Verfassungsgerichtshof der Meinung, daß die Bestimmungen über den 13. Monat - genau so wie im Falle der Stadt Wien - verfassungskonform sind. Bekanntlich hat der Verfassungsgerichtshof die Wiener Bestimmung nur deshalb aufgehoben, weil ein Formalfehler vorlag, den wir heute noch korrigieren werden.

Zu der schließlich noch angefochtenen Bestimmung, die sich mit der Frage der Ermächtigung des Bundesministers für Finanzen zur Aufnahme von Anleihen bis zum Betrag des Gesamtgebarungsausganges beschäftigt, darf ich bemerken, daß der Verfassungsgerichtshof dieses Verfahren eingestellt hat, weil die Bundesregierung in der Zwischenzeit diese angefochtene Bestimmung geändert hat.

Abschließend darf ich noch erwähnen, daß dieses Erkenntnis bis nun in einer Reihe von Bestimmungen ~~bestandene~~ Unsicherheiten, ob sie mit der Verfassung in Einklang zu bringen sind, weitgehend beseitigt hat.

Die Stadt Wien hat also in wesentlichen Punkten ihrer Anfechtungen Recht behalten. Es ist kein Streit von Politikern sondern die Beachtung ihres guten Rechtes seitens der Juristen der Stadt, und es ist notwendig dort, wo Unklarheiten bestehen, Klarheiten zu schaffen. Von den 13 angefochtenen Bestimmungen hat der Verfassungsgerichtshof lediglich zwei aufgehoben, eine davon nur aus formalrechtlichen Gründen.

Ermächtigungen für höhere Ausgaben erschienen mir gar nicht wünschenswert, da hole ich viel lieber die Zustimmung des Gemeinderates für Vorhaben ein, die noch zusätzlich in Angriff genommen werden können. Die aufgehobenen Bundesbestimmungen haben wir deshalb angefochten, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß für zusätzliche Ausgaben nur die gewählten Körperschaften zuständig sind. Von der Ermächtigung des Finanzreferenten, zur Verhinderung der Zahlungsunfähigkeit eine Ausgabensperre zu verfügen, mußte ich in den elf Jahren meiner Amtstätigkeit noch niemals Gebrauch machen. Der Verfassungsgerichtshof war jedoch der Ansicht, daß nicht der Finanzreferent, sondern nur der Gemeinderat selbst zur Sperre von Ausgaben ermächtigt werden kann. Ich hoffe nicht, daß es jemals notwendig sein wird, Ausgaben zu sperren, aber wenn es so weit käme, müßte nicht mehr der Finanzreferent, sondern der Gemeinderat die Verantwortung für einen solchen Schritt übernehmen.

Die Juristen der Wiener Stadtverwaltung haben sich sowohl hinsichtlich der Verfassungstreue unserer eigenen Bestimmungen als auch hinsichtlich der Kritik an den Bundesbestimmungen hervorragend bewährt.

Vizebürgermeister Slavik beantragte sodann die dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes entsprechende Abänderung: Die Ermächtigung des Finanzreferenten zu Ausgaben-Sperren wird eliminiert. An ihre Stelle tritt eine Bestimmung, die auch in der Budgetordnung enthalten war und besagt, daß die Abteilungen des Magistrates bei Vorliegen der formalen Voraussetzungen auch noch im Jänner zur Verrechnung jener Beträge Zeit haben, die im vorangegangenen Jahr hätten angewiesen werden sollen. Die Auslauffrist darf jedoch nicht zur Kreditausschöpfung oder zu einer Vorratswirtschaft mißbraucht werden.

Bei der Abstimmung fand dieser Antrag ohne Debatte die Zustimmung der SPÖ und ÖVP. Damit ist der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für 1968 beschlossen.

Die Abstimmung über den Antrag, betreffend Überprüfung der Gebühren und tarifmäßigen Entgelte, der schon am ersten Tag der Budgetdebatte gestellt worden war, wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP ebenfalls angenommen.

Der Vorsitzende, GR. Dr. Bohmann (SPÖ) unterbricht die Sitzung. Sie wird morgen, Dienstag, um 9 Uhr, mit den Beratungen des Wirtschaftsplanes der Wiener Stadtwerke fortgesetzt. Referentin ist Stadträtin Dr. Maria Schaumayer.

(Ende des Sitzungsberichtes)

-- --

Rinderhauptmarkt vom 18. Dezember

=====

18. Dezember (RK) Neuzufuhren Inland: 55 Ochsen,
234 Stiere, 557 Kühe, 123 Kalbinnen, Summe 969, verkauft
alles.

Preise **Ochsen**: 13 bis 15.60, extrem 16 bis 16.10 (6 Stück),
Stiere 13 bis 16, extrem 16.10 bis 16.30 (4 Stück), Kühe
9.50 bis 12.80, extrem 13.30 bis 13.50 (4 Stück), Kalbinnen
13 bis 15.30, extrem 15.50 bis 15.70 (4 Stück), Spitzen extrem
16 (1 Stück), Beinlvieh Kühe 8 bis 9.20, Ochsen und Kalbinnen
10.50 bis 12.80.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um
29 Groschen, bei Kühen um 16 Groschen, erhöhte sich bei
Stieren um 12 Groschen und bei Kalbinnen um 2 Groschen.
Der Durchschnittspreis einschließlich Beinlvieh beträgt:
Ochsen 14.03, Stiere 14.39, Kühe 10.76, Kalbinnen 13.87.
Beinlvieh verbilligte sich bis zu 20 Groschen.

- - -